

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die schlagelalten Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,

Jahrespreis: 12 M., 1897.
Zeitungsm. Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 1. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juni eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt
haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalls unseres Leserkreises.

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
halts unseres Blattes angesehen. Im

Unterhaltungsblatt

werden viererlei kleinere Arbeiten bringen:

„Die Gräfin“ von Hans Adler,
eine Erzählung, die in Berlin spielt, und
„Gottlieb Adler u. Sohn“,
das Charakterbild eines in russisch-polen reich gewordenen
deutschen Fabrikanten. Unser nächster großer Roman heißt:

„Cesarine“

und entstammt der Meißnerfeder des französischen Roman-
schristen Jean de Meville. Die Handlung setzt ein
mit dem Rückzuge der französischen Ostarmee unter Bourbaki
und endet in der blutigen Maiwoche 1871.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie
unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
ments zum Preise von

1,10 M. für den Monat Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897
unter Nummer 7487.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Die dritte Lesung.

Es sollte eine That sein, eine „befreiende That“, diese
lex Neke; endlich sollte der „Umsturz“ wieder „richtig an-
gefaßt“ werden; der Anfang einer „neuen Aera“ in Preußen!
Heute war der dritte Tag des Kampfes um das neueste
Umsturzgesetz. Welch ein Kampf! Kann man die kurze,
schwunglose Verhandlung des Abgeordnetenhauses überhaupt
so nennen? Sind das Kämpfer, diese Regierung und diese
Landräthe? Wenn ihnen ein auf Herrschaft und Ver-
gewaltigung beruhendes Wahlsystem von vornherein eine Mehr-
heit gegeben hätte, so könnten sie „Sieger“ sein. Aber Gegen-
kräfte überwinden, ihre Sache geistesstark vertreten — das
konnten sie nicht. Kläglich konnte der klägliche Geset-
zentwurf nicht vertheidigt werden!

Es wurde nicht mehr gekämpft. Zwar hatte der
Tadel, welcher über die Abwesenheit der Minister bei der
zweiten Lesung laut geworden war, zur dritten Lesung einige
derselben herbeigezogen. Der „Water von das Kind“ war da,
Herr v. d. Neke, und neben ihm sein trefflicher Handlanger,
Geheimrath v. Philippshorn, dazu Herr Schönstedt und sogar
Herr v. Böttcher. Aber die Minister sagten kein Wort, selbst der
beredete „Minister für alles“ hatte die Sprache verloren. Nicht
einmal für ein ehrliches Ergebnis sorgte man; lang-
und klanglos scharte man die Gesetzeleiche ein. Mattigkeit
am Ministertisch, Mattigkeit auf den Bänken der ganzen
Rechten. Geistig wird diese Regierung nichts mehr pro-
duzieren. Die Wachausbung, politische Ge-
waltthat, das ist der Konservativen einzige Zuversicht!

Abgewiesen zum dritten Male wurden die Anträge,
welche dem Versammlungsrecht in Preußen völlig den Garaus
machen sollten. Abgewiesen wurde das freikonservative Begehren,
das „staatsgefährliche“ Versammlungen von vornherein ver-
boten werden sollen. Abgewiesen wurde das freikonservative
Begehren, die Regierungsvorlage zu einem „kleinen Sozialisten-
gesetz“ umzumodeln.

Geblichen aber ist der „Torso“, wie ihn die Na-
tionalliberalen gestaltet haben. Noch ein Stück der
Fassung zweiter Lesung wurde ausgedrückt. Die Leiter von
Versammlungen sollen nur in Strafe fallen, wenn sie die
Minderjährigen nicht auffordern, den Versammlungsraum zu
verlassen, nicht aber sind sie verpflichtet, auch die zweck-
dienlichen Mittel zur Entfernung der Minderjährigen an-
zuwenden. Geblichen aber ist die Hinweisung
der jungen Leute aus politischen Vereinen und Ver-
sammlungen.

Dies ist die schwere Schuld, welche die national-
liberale Partei in diesem Kampf um das Vereinsgesetz
recht auf sich geladen hat. Wohl war das, was die konser-
vative Reaktion anstrebte, noch weit schlimmer, aber eine
schwere Verklammerung des gegenwärtigen Rechts-
zustandes ist auch darin zu erblicken, wenn der gewerbtätigen
Jugend bis zu 21 Jahren das Recht genommen wird, sich
politisch auszuklären. Und das die behördliche Auslegungslust
für eine recht weite Auffassung des Begriffes „politisch“
sorgen wird, daß sie bergewerkschaftlichen Mitwirkung der

jüngeren Arbeiter Fesseln anlegen wird, daran ist nicht zu
zweifeln.

Die Nationalliberalen haben aber mit dieser Preisgabe
der Minderjährigen zugleich eine politische Situation
geschaffen, die im höchsten Maße bedenklich ist. Selbst wenn
sie glaubten, die Ausweisung der Minderjährigen befürworten
zu sollen, so hätte sie um der allgemeinen Folgen willen diese
Meinung zurückstellen müssen. So aber haben sie dazu ver-
holfen, daß die lex Neke, wenn auch jetzt tot und begraben,
doch alsbald wieder auferstehen und durch konservative
Galvanisierungsversuche zu neuem Leben erwachen
kann. Sie haben die politische Sünde auf sich genommen,
dem Känstler der Reaktionen bequemste Gelegenheiten dar-
zubieten. Durch ihre Schuld wird der Streit ums Vereins-
recht auf Monate hinaus fortgeschleppt, wird der schädigen
Farce, welche die Konservativen aufführen wollen, Vorschub
geleistet.

Denn nur eine Farce, nicht eine ernsthafte Politik
ist es noch, was die Rechte des Abgeordnetenhauses be-
treiben will. Graf Limburg-Sturum gab ja
„feierlich“ die Erklärung ab, daß die konservative Partei
nicht aus sachlicher Zustimmung für den Geset-
zentwurf in jetziger Gestalt eintrete, sondern lediglich weil sie
die Angelegenheit fortschleppen wollte, weil sie hoffen, daß sich
vielleicht doch irgendwie noch eine Möglichkeit zur
Wiederherstellung der Regierungsvorlage
ergeben werde. Die Nationalliberalen reichen den Konservativen
das Reh, mit dem diese im trüben Wasser fischen wollen.

Und man wird im Trüben fischen, man wird in den
Schlamm und Schmutz noch tiefer hineinsteigen, um etwas zu
fangen. Zeit genug ist vorhanden. Drei Wochen bis zur
ernten Verhandlung im Abgeordnetenhaus, dann der-
selbe langwierige Gang der Abstimmungen im Herren-
haus; zwei Monate lang kann es gut währen,
bis die endgiltige Entscheidung über das Schicksal des
Rechtschen Wechselbaldes gesprochen sein wird. In dieser
ganzen Zeit hängt alles an wenigen Stimmen, an Zufällig-
keiten.

Das haben die Nationalliberalen eingebrocht. Den Konser-
vativen gefällt es und die Regierung giebt ihr Schmutzeln
zu diesem parlamentarischen Gaukelspiel. Man hätte annehmen
sollen, daß die Regierung dem „grausamen Spiel“ ein Ende
machen würde. Sie hätte entweder erklären sollen, daß sie sich
mit dem „Torso“ zufrieden geben wolle, oder sie hätte, wie die
parlamentarische Lage nun beschaffen ist, ihre Vorlage ganz zurück-
ziehen müssen. Aber sie entschied sich nicht für eine solche
klare Haltung, sondern bis die Lippen aufeinander und
läßt der Komödie ihren Lauf, ob nicht vielleicht doch noch
etwas „herauszubohlen“ sei. Besonders würdevoll ist diese Art,
das Staatsregiment zu führen, gerade nicht!

So mögen denn die Schacherer und Mogler in ihrem
edlen Werke fortfahren. Wir sind ihnen im grunde nicht
böse. Uns bieten sie gute Gelegenheit, ihr Thun und Treiben
dem Volk vor Augen zu führen.

Es ist gewiß bedauerlich, daß die Landtags- und Herren-
häuser wegen des bischen Vereinsrechts sich nicht ihren
Sommerfrischen zuwenden dürfen, aber die Arbeiter,
deren Recht es gilt, gehen sowieso nicht ins Bad und werden
so auch in den Hundstagen, wo sonst das politische Leben
schlummert, nach sein und die Agitation unter den Massen
gegen ihre Feinde, gegen die Zerstörer ihrer politischen Rechte
fortzuführen.

Während die „staatsbehaltenden“ Parteien hinter den
Thüren heimlich tuscheln und kräthern, wird das preussische
und deutsche Volk auf dem Markt der Öffentlichkeit seinen
Kampf gegen die Reaktionen weiterkämpfen. Und nicht
nur gegen die Rechteleiche und die konservative Reaktion, die
jedes freie Wort ersticken will, heißt es vorgehen, sondern
auch gegen die nationalliberale Reaktion,
welche die jungen Arbeiter entrechtet und knechtet,
welche die fahrgewerbliche Organisation schädigt, welche den
schlimmsten Unterdrückerparteien demüthig die Steigbügel hält.

Wohl hat die nationalliberale Partei bisher im Kampfe
gegen die lex Neke der Reaktion nicht die ganze Hand
gereicht. Aber dieser Partei gilt trotzdem auch
hier und für alle Zukunft: Trau, schau, wem!
Die nationalliberalen Redner haben deutlich genug durch-
blicken lassen, daß sie nicht reinweg deshalb gegen
den Regierungsentwurf stimmen, weil eine solche Knebelpolitik
ihren politischen Ueberzeugungen widerspreche, sondern haupt-
sächlich wegen der Umstände, unter denen die Regie-
rung ihr Unternehmen eingeleitet hat. Das Versprechen des
Reichskanzlers; die Erledigung einer Sache, die dem Reiche zu-
kommt, im Einzelstaat; das wenig rücksichtsvolle persönliche
Benehmen des Ministers des Innern bei der Vorbesprechung
der Vorlage; und vor allem der ungeeignete Zeit-
punkt — hätte doch die Regierung die Reichstags-Wahlen
von 1898 vorüber gehen lassen! — dies alles — und dazu
allerlei „Imponderabilien“ — hat die Haltung der Demingens-
partei stark beeinflusst. Aber der nationalliberale Herr
Schmidling sagte am letzten Freitag, er sehe eigentlich den
v. Redlich'schen Vorschlägen — „kleines Sozialistengesetz“ nicht
unsympathisch gegenüber. Und heute betonte Herr Dobrecht
zur Freude der Konservativen, daß allerdings „der Staat und
die Behörden einer Verstärkung ihrer Autorität bedürfen“,
nur die hier vorgeschlagenen Mittel seien nicht recht.

Man schlage andere Mittel vor oder man fange die Ge-

schichte künftig etwas geschickter an und — die „Drehscheibe“
wird sich in Bewegung setzen!

Und dann ist eher freie Bahn für die Reaktionen, welche
mit dem Grafen Limburg in dem Rede-Entwurf nur den
Anfang zu „größeren Aktionen“ erblickten.

Die Reaktion liegt auf der Lauer und erwartet, wo sie
ihre rüchliche Krallen gegen die Freiheit und Selbständigkeit
des Volkes erheben darf. Das Volk darf nimmer rasten,
ihre Anschläge zu beobachten und unentwegt zu bekämpfen.

Das lehrt dem deutschen Volke wieder die traurige Ge-
schichte der lex Neke: Toujours en vedette — stets
in Bereitschaft!

Vom Vereinsgesetz.

Ueber das Resultat der dritten Lesung haben wir bisher nur
eine Aeußerung der „Berl. Polit. Nachrichten“ mitzuthellen,
welche von der Zukunft noch eine „Verbesserung“ des Gesetzentwurfes
erhoffen:

„Heute ist nun die Abstimmung über die Novelle im Abgeord-
netenhaus erfolgt. Damit ist aber die endgiltige Entscheidung
noch keineswegs getroffen, denn das Herrenhaus wird
aller Wahrscheinlichkeit nach die Regierungsvorlage
wieder herstellten oder doch eine entsprechende Ergänzung des
Entwurfs beschließen. Nach dem, was man über die dortige Stim-
mung hört, dürften sogar manche allerdings von den Stimmungen
der Wähler nicht abhängige gemäßigt liberale
für dieselbe stimmen. Es bleibt zu hoffen, daß in
der Zwischenzeit im Abgeordnetenhaus eine ruhigere
Beurtheilung der Novelle eintritt und daß namentlich
die Vertheilung in manchen Abgeordnetenkreisen über einige Vor-
gänge der letzten Zeit, betreffend die Behandlung des Versammlungs-
rechts, sich verflüchtigen wird. Auch könnte mancher Abgeordnete
sich überzeugen, daß die Anschauung über die Nothwendigkeit der
Verstärkung der Abwehrmacht des Staates in den Wählerkreisen
doch eine andere ist, als man sie sich hier in Berlin vorstellt; in der
Proving haben wir in den letzten Tagen wesentlich andere Urtheile
gehört.“

Die vom Abgeordnetenhaus angenommene grundsätzliche Aus-
schließung der Minderjährigen von der Theilnahme an politischen
Versammlungen und Vereinen ist zwar an sich von erheblicher Be-
deutung; leider sind aber Bestimmungen mit angenommen worden,
welche nach der Meinung der Männer der Praxis diese grund-
sätzliche Ausschließung in vielen Fällen illusorisch
machen und die Umgehung nach allen Richtungen erleichtern.“

Die „Freisinnige Zeitung“ stellt folgende recht nette
Betrachtung an:

„Inzwischen müssen die Diäten an die Mitglieder des Ab-
geordnetenhauses fortgezahlt werden. Jeder einzelne Tag kostet
an Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses 6495 M.
Das sind für 80 Tage 519 600 M. Ohne die Vereinsnovelle würde
das Abgeordnetenhaus vor Pfingsten geschlossen werden können.
Eine Verlängerung um zwei Monate kostet allein an Diäten
860 000 M. Dazu kommen noch die sonstigen erheblichen Kosten,
welche die Fortsetzung der Session mit sich bringt. Inwiefern heiligt
in solchen Fällen Herr v. Miquel den Zweck selbst größere Mehr-
ausgaben.“

Protestkundgebungen. Sozialdemokratische Versamm-
lungen fanden statt in Trebbin, Luckenwalde, Quedlin-
burg, Leipzig, Delitzsch, Uetersen i. Holstein, Karls-
ruhe, Görde, Hamm i. Westf., Augsburg. Eine frei-
sinnige Versammlung wird, abgesehen von Berlin, aus
Halberstadt berichtet. — Die nationalliberale Partei in
München hat auf Vorschlag des Vorsitzenden Abg. Dr. Aub ein-
stimmig eine Resolution angenommen, in der den national-
liberalen Fraktionen des preussischen Landtages und deutschen
Reichstages für ihre korrekte Haltung in der Vereinsgesetz-
Frage gedankt und zugleich die Erwartung ausgesprochen wird,
daß die nationalliberale Fraktion des preussischen Landtages bei
der Schlussabstimmung an ihrem bisherigen Standpunkte festhalten
werde. — Die Nationalliberalen in Leipzig erklärten sich mit
ihren preussischen Parteigenossen einverstanden. — In Geldungen
wurde eine Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz auf-
gelöst, in der Pastor Köhlsch sprach, und zwar, weil der Redner,
wie der „Saale-Ztg.“ berichtet wird, die Anarchisten harmlose
Phantasten nannte.

In Zürich haben die deutschen Sozialdemokraten eine Ver-
sammlung einberufen, welche nach einem Referat von Heinrich
Schmidt-Bern eine Protestresolution einstimmig annahm, in der
u. a. den Genossen in Deutschland die regste thätige Unterstützung
der deutschen Arbeiter im Auslande zugesichert wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, 31. Mai.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute nach
Ausnahme der Novelle zum Vereinsgesetz noch einige kleinere
Vorlagen, darunter die vom Herrenhause zurückgekommene
Vorlage, betr. Einführung einer Landgemeinde-Ordnung für
Hessen-Nassau. Die vom Herrenhause getroffene Aenderung
lohnnte das Abgeordnetenhaus jedoch ab, so daß die Vorlage
nochmals an das Herrenhaus kommen muß.

Morgen: Kleinere Vorlagen und Petitionen. —

Das Herrenhaus erledigte heute mehrere kleinere Vorlagen
und den Nachtragsetat. Dem Antrage der Kommission entsprechend
wurde die aus dem Antrage Dr. Langerhans im Abgeordnetenhaus
hervorgegangene Verpflichtung der bürgerlichen Gemeinden be-
treffend die Bauten und Reparaturen von Kirchen, Pfarr-
und Küstengebäuden nach unerheblicher Debatte abgelehnt. Eine
längere Erörterung rief der Antrag des Grafen v. Tschirsky-
Renard, betreffend Erklärung des Forstreviers
Grunewald zum Staatspark, hervor. Der Antrag wurde
in dieser Fassung abgelehnt, hingegen einem Antrage des Herrn
v. Lucius gemäß, für den sich auch Finanzminister Dr. v. Miquel
aussprach, beschlossen, die Regierung zu erlauben, daß Sorge getragen

wird, daß das Fortschritt-Genetiv in parkmäßigem Interesse des Publikums und mit besonderer Rücksicht auf die Erhaltung des alten Baumbestandes zu bewirtschaften ist und durch Abverkäufe nicht geschädigt wird. — In der nächsten Sitzung, die voraussichtlich am 25. Juni stattfindet, steht das Vereinsgesetz zur Verathung.

Der Prozeß Tausch hat heute viele Ueberraschungen gebracht. Die Reihe der Ueberraschungen begann damit, daß der Stellvertreter des Polizeipräsidenten, Geh. Regierungsrath v. Friedheim, heute viel bestimmtere Erklärungen darüber abgegeben konnte, welche Sätze in dem Leppjohann'schen Artikel des „Berliner Tageblatts“ Herr v. Tausch am Tage nach Erscheinen des Artikels als unrichtig angegeben hatte, als er es in der Voruntersuchung vermochte. Seine Erinnerung, statt in all' den Monaten zu verblasen, hat sich je länger je mehr verschärft, weil er inzwischen wiederholt über diesen Vorfall nachgedacht und gewissenhaft geprüft hat. Nebenbei bezeichnete ja auch sein Kollege, Geheimrath Muhl, der Chef der Exekutive der politischen Polizei, seine Aussage in der Voruntersuchung, daß ihm nichts davon bekannt gewesen sei, daß Herr v. Tausch den anonymen Warnungsbrief an Norman-Schumann hatte selber schreiben lassen, heute als einen Gedächtnißfehler! Der Vorkämpfer Graf Culenburg äußerte sich in ähnlicher Weise wie im Ledert-Prozeß; über die Thatsache seiner Korrespondenz mit Tausch ging er mit kurzen Worten hinweg, viel ausführlicher und breiter äußerte er sich über die Geschichte der Ordensvermittlung. Der bekannte Generalsekretär der rheinischen Industriellen Bueck, der nationalliberale Schwärmer des Landtags für die lex Neke, gab als Kneipgenosse des v. Tausch bei Siechen über dessen gesellschaftliche Vorgänge das günstigste Urtheil ab und rühmte seine Zurückhaltung in politischen und politischen Dingen; wissenschaftlich waren seine Mittheilungen, daß der als Oberoffiziosus berichtigte Schweinburg von den rheinischen Industriellen für die technische und redaktionelle Herstellung von Artikeln gegen die Sozialdemokratie jährlich 15000 Mark erhalte. Dafür müsse Schweinburg an die Provinzialblätter, deren Redakteure doch nur mit der Scheere arbeiten könnten, ca. 500 Exemplare seiner Korrespondenz gratis versenden und in jeder Nummer mindestens einen Artikel gegen die Sozialdemokratie loslassen. Für Herrn Schweinburg sind die 15000 M. jedenfalls viel nützlicher, als seine Artikel der Sozialdemokratie gefährlich sind. Herr Polizeipräsident v. Windheim mußte zwar zugeben, daß Tausch eine bedenkliche Neigung zu Eitelkeit und Selbstüberhebung habe, von der seine neugierigen bisher vernommenen Kollegen nichts wahrgenommen hätten, und daß er ihn deshalb bereits zur Rede habe stellen müssen; im ganzen fielen seine Aussagen sehr zu gunsten des Angeklagten v. Tausch aus. Namentlich bestätigte er ihm, daß er, der Polizeipräsident, stets von Tausch über die Köller-Bronzart-Marschall-Untersuchung auf dem Laufenden gehalten worden sei und daß (wie später Geheimrath Muhl) auch er mit Tausch der gleichen Meinung über den Zweck des Ledert-Lühow-Prozesses gewesen sei, nämlich, daß er gegen die politische Polizei gerichtete gewesen sei, um eventuell den v. Tausch abzuschlagen.

Herr v. Tausch war mit diesem Ausgange des Verhörs sichtlich zufrieden. Und er hatte allen Grund dazu! Da zuckte plötzlich wieder ein Blitzstrahl in den Gegenstand der Polizeiopposition nieder, wie sie in diesem Prozeß schon öfters aufgeflammt sind und wie sie da und dort noch erwartet wurden. Herr Lubjinski, der alle Geheimnisse seines Klienten zu kennen scheint, brachte plötzlich die Affäre Wedekind zur Sprache, um zu beweisen, daß v. Lühow, der so viel Fälschungen im polizeilichen Auftrage verbrochen, die Begriffe über die Rechtswidrigkeit der Fälschung überhaupt abgefaßt habe und daher bei der Kuntzsch-Quittungsfälschung mitberurtheilt werden müsse. Sogar die Namen eines Reichstags-Abgeordneten, eines königlichen Kammerherrn, habe Lühow für Polizeizwecke gefälscht! Und v. Lühow fügt hinzu, nicht bloß das, sogar zum Diebstahl sei er verleitet worden!

Und nun brach in mächtigem Zorn und flammender Entzündung der Oberstaatsanwalt los! Das sei gegen die Vereinbarung! Dieser Fall sollte nach gemeinsamer Rücksprache mit der Verteidigung überhaupt nicht vorgebracht werden! Uebrigens sei der Fall harmlos und nach keiner Seite hin politischer Natur!

Solche Vorfälle sind bisher in deutschen Gerichtssälen selten gewesen! Wir begreifen, wie unangenehm sie von der Staatsanwaltschaft empfunden werden, aber wir fürchten, sie seien nicht geeignet, den weit verbreiteten Glauben zu zerstören, Lühow könnte noch viel mehr erzählen, wenn er nur wollte. Von Norman-Schumann garnicht zu reden!

Weiter können wir unsere Bewunderung darüber nicht unterdrücken, daß der Staatsanwalt den Fall Wedekind-Lühow harmlos nennt.

Was darüber in der gestrigen Sitzung durch Herrn Lubjinski allein schon vorgebracht wurde, läßt unser Urtheil in ein geradezu entgegengesetztes Wort zusammenfassen. Wir erinnern uns auch aus dem bekannten Gnadenrath-Prozeß, daß der Herr Oberstaatsanwalt in jenem Falle eine ganz andere Auffassung der Dinge mit der größten Entrüstung zur Schau trug und schwere Strafen für den Angeklagten erwirkte!

Wenn der Fall Wedekind wirklich so harmlos und unpolitisch ist, warum verwendet der Herr Oberstaatsanwalt denn so viele und so schwere Worte darüber! Unseres Wissens hat bisher noch kein Blatt die Behauptung gewagt, daß der Herr Oberstaatsanwalt zu gunsten v. Tausch's Thatsachen verborgen oder zurückhalten wolle. Und nun hören wir plötzlich an Gerichtsstelle in feierlichster Weise Worte fallen wie: „heiligste Versicherung“ und den Appell an die langjährige Amtsthätigkeit eines Mannes im Silberhaar?

Wie ist das alles zu verstehen? Eine Stunde später nehmen der Oberstaatsanwalt und der Gerichtsvorsitzende ihre harten Urtheile über den Verteidiger, dem Standausfuch vorgeworfen wurde als Leimotiv für sein Vorgehen, das bedauerlich sei, wieder zurück, weil sie — nicht aber die Deffentlichkeit — die Gründe erfahren. Oder waren es die in der Verhandlung vorgebrachten? Dann versichern wir es noch weniger!

Nicht durch „Ergüsse der Blätter einer gewissen Richtung“ — bescheiden dürfen wir diese Besichtigung, als an unsere Adresse gerichtet, auffassen — wird da ein Skandal aufgeführt, sondern wir denken uns mit allen rechtlich Gesinneten einig, daß solche Praktiken und Zustände, wie sie in diesem Prozeß dem Kriminalkommissar v. Tausch nachgewiesen und für den zur Frage stehenden Theil der politischen Polizei von ihm selber zugegeben wurden, skandalös sind und im Staatsinteresse schleunigst zu beseitigen wären!

Wichtiger als die Suche nach dem „Hintermann“ des „grünen Jungen“ Ledert und dessen Bestrafung mit 30 M., erschien uns eine gründliche Säuberung dieser Zustände, aber wir hegen die Furcht, die Kräfte des Herrn Oberstaatsanwalts und des Staatssekretärs v. Marschall reichen dazu nicht aus! Schließlich haben wir, die Sozialdemokratie, das nicht einmal zu bedauern.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen. Höchst ercent ist die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, weil der „Vorwärts“ es „ein sehr bemerkenswerthes Symptom“ genannt hat, daß in unserer Partei die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen nach dem letzten Interimtentat wieder aufgenommen worden ist. Warum soll es denn nicht „bemerkenswerth“ sein, daß innerhalb der Sozialdemokratie daran gedacht wird, den Neke-Streich mit einem linken Angriff auf die Junkerdomäne des „Aeldesten aller Wahlgesehe“ zu beantworten? Damit haben wir uns doch noch nicht für eine veränderte Taktik erklärt. Ebenso wenig, wie wir uns absolut ablehnend verhalten.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ irrt, wenn sie die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen mit der an den sächsischen Landtagswahlen vollständig in gleiche Linie stellt. In Sachsen hat es sich nie um ein formelles Wahlbündnis mit anderen Parteien gehandelt, und kann es sich bei der ganzen Parteikombination nicht darum handeln — während in Preußen ein formelles Wahlbündnis unerlässliche Voraussetzung wäre. Hier liegt die Schwierigkeit. Und hier lag sie schon vor 20 Jahren, als die Frage zum ersten Mal aufstand. Es ist nämlich nicht richtig, daß erst jetzt uns die Möglichkeit des Eintritts in den preussischen Landtag eröffnet wird.

Die Partei hatte mehrmals Veranlassung, die Frage aufs eingehendste zu prüfen. Und stets war es die Nothwendigkeit des Wahlbündnisses, woran die Beteiligung scheiterte. Der Kölner Parteitag behandelte die Frage nur ganz flüchtig, und mit recht, denn am Vorabend allgemeiner Landtagswahlen konnte selbstverständlich von einer Wenderung der Parteitaktik die Rede nicht sein.

Jetzt hat die Partei ja Mühe, zu überlegen und zu berathen. — **Majestätsbeleidigung und dolus eventualis.** Ein Fragebogen zu dem unsrer Lesern genugsam bekannten Falle Liebluecht ist am Freitag vor dem Reichsgericht zum Austrag gekommen. Gegen den Verfasser der Broschüre „Ein offener Brief an Se. Majestät Kaiser Wilhelm II.“ (Verlag W. Friedrich in Leipzig), den Chefredakteur Dr. B. Wagener in Hamburg, war auf Grund des ambulanten Gerichtsstandes der Presse in Breslau Klage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden, welche letztere besonders in einigen in der Broschüre vorkommenden, im Zusammenhang harmlosen Ausdrücken gesucht wurde. Es erfolgte Freisprechung, weil weder objektiv, noch subjektiv Majestätsbeleidigung vorliege. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ legte Revision ein und rügte, daß die Frage nach dem dolus eventualis nicht genügend berücksichtigt sei. Der Verfasser hätte wissen müssen, daß man seine Ausführungen als Beleidigungen auffassen könnte und er sei mit diesem Resultate einverstanden gewesen. Der Reichsanwalt selbst beantragte Verwerfung der Revision, da der Versuch, den dolus eventualis heranzuziehen, in diesem Falle ganz verfehlt sei. Das Urtheil enthalte keinerlei Rechtsirrtum. Dr. Wagener hatte es für nicht angemessen erachtet, auf die unhaltbaren Ausführungen der Staatsanwaltschaft, die sich selbst richteten, überhaupt zu antworten. Es erfolgte Verwerfung der Revision. Die Broschüre erscheint aufs neue.

Aus der Waffennruhe den Waffentilland herzuweisen, darum bemühen sich die Diplomaten in Konstantinopel und Athen und ganz Europa. Aber selbst nur dies vorbereitende Studium zu erledigen, wird den Herren gar schwer. Griechenland scheint nun allerdings der Festlegung eines regulären Waffentillandes, wie ihn die Türkei unter Zustimmung der Mächte fordert, keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen zu wollen. Andererseits erwachen neue Schwierigkeiten. Wenigstens behauptet man in Athen, daß die Türken fortgesetzte Grenzverletzungen begangen. Ministerpräsident Ralli hatte diesbezüglich mit verschiedenen Gesandten längere Unterredungen, über welche die Gesandten ihren Regierungen berichten wollten. Man erwartet, daß die Großmächte in Konstantinopel energisch interveniren werden.

Ob etwas Wahres an diesen Behauptungen ist, läßt sich nicht absehen. Es kann sehr wohl auch sein, daß in Athen solche Gerüchte ausgebreitet werden, um die Türkei bei den Mächten zu diskreditiren. Uebrigens befehligen die Griechen eifrig den Thermopylen-Paß.

Die Haltung der Bevölkerung Athens wird jetzt als nicht dynamisch geschildert und die Erhaltung ruhiger Zustände soll gesichert sein.

Auf Kreta finden weitere Zusammenstöße zwischen Griechen und Türken statt.

Deutsches Reich.

Der Präsident Dr. Böttker vom Reichs-Versicherungsamt ist amtsmüde. Die am Samstag Abend von einer hiesigen Zeitung gebrachte Meldung, daß Dr. Böttker seinen Abschied nachgesucht habe, wird uns von gut unterrichteter Seite bestätigt. Augenscheinlich ist Dr. Böttker durch die — Behandlung, die ihm vom Reichsamt des Innern trotz aller Ablehnung zu theil wurde, in eine Stimmung hineingedrängt worden, die ihm die Aufgabe seiner Stellung wünschenswerth erscheinen läßt. Wenn wir recht berichtet sind, hat man Böttker sogar wegen der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes „höheren Ortes“ Vorhaltungen gemacht. Und zwar gelegentlich des Falles Frenkel-Blassius, der seinerzeit viel Aufsehen erregte. Das Gericht hatte den Hinterbliebenen des Frenkel die Rente zugestimmt, weil nach seiner Ermordung der Unfallverletzte Frenkel zum Selbstmorde in einem Zustande von Unzurechnungsfähigkeit gesunken ist, den seine Behandlung durch Dr. Blassius wesentlich bedingt hat. Ob diese Behandlung eine angemessene oder unangemessene gewesen, hatte das Gericht dabei ausdrücklich zu entscheiden abgelehnt. Mag auch an der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes so manches anzusehen sein, soviel steht fest, daß mit Dr. Böttker ein „guter Geist“ von dort scheidet. Der Mann hat sich unzweifelhaft hervorragend verdient gemacht, nicht nur als Chef eines großen Verwaltungsapparates und als Richter, sondern auch um die internationale Verbreitung des Gedankens der Arbeiterversicherung. Das wir in der Werthung des Versicherungswesens seinen Optimismus nicht theilen, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Es hindert uns das aber nicht, ihm die verdiente Anerkennung zu zollen. — Schon jetzt, wo die Bewilligung des Abschiedes noch nicht vorliegt, wird in gewissen Kreisen eifrig die Frage erörtert, wer wohl der Nachfolger sein werde. Darauf hier einzugehen, lobnte sich nicht, wenn nicht bereits ein Name genannt worden wäre, der geeignet ist, in jedem wahren Arbeiterfreunde recht unangenehme Vorstellungen zu erwecken. Es ist der des Direktors Gaebel, des Vorgesetzten der Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherungssachen. Gaebel ist eine gar störrische, stolze Erscheinung, schnellig vom Kopf bis zum Fuß. Bei seinen ihm untergebenen Beamten ist er so „beliebt“, wie es etwa Graf Herbert Bismarck bei den Beamten des Adwärtigen Amtes war. Herr Gaebel mag ganz gut zum Regierungspräsidenten in Ostelbien passen — er war Ober-Regierungsrath in Posen — nimmer mehr eignet er sich zum Chef des Reichs-Versicherungsamtes. Dieser stolze Bureautrat würde es voraussichtlich sehr bald dahin bringen, daß das schon nicht ganz bedenkenlose Vertrauen der Arbeitermassen zum Reichs-Versicherungsamt mehr und mehr schwände.

Zur Frage der Produktendörfen. In Magdeburg haben die Agrarier vor den Borsenern die Waffen gestreckt. Eine Depesche meldet hierüber: Auf Anregung des Vereins für Landwirtschaft und landwirthschaftliches Maschinenwesen hat der Magdeburger Verein für Getreidehandel heute beschlossen, die am

1. Januar eingestellten Notirungen für Getreide und Produkten von Anfang Juni an wieder aufzunehmen. Der Verein für Landwirtschaft und landwirthschaftliches Maschinenwesen hat erklärt, daß er volles Vertrauen zur Sachlichkeit der Notirungen habe und auf jede Mitwirkung dabei verzichte.

Die Berliner Politischen Nachrichten und der Zentralverband deutscher Industrieller. Herr Schweinburg ließ in diesen Tagen durch die „Berl. Pol. Nachr.“ erklären:

Die von Herrn v. Tausch über mich und meine Beziehungen zum Zentralverband deutscher Industrieller sowie der Diskontogesellschaft gemachten Mittheilungen sind unwahr.

Wir wollen dem entgegenstellen die Worte) des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Herrn Bueck, in der Aufschüttung vom 28. November 1887:

Wir können uns nur freuen, daß wir in den Berliner Politischen Nachrichten ein Organ haben, welches uns jederzeit zur Verfügung steht, um uns gegen solche Angriffe zu vertheidigen.

Man vergleiche übrigens auch die heutige Zeugenaussage des Herrn Bueck im Prozeße Tausch.

Für den neuen sozialpolitischen Kurs bezeichnen ist folgende durch die Zeitungen gehende Notiz:

Der Verein für Sozialpolitik, der vom 23. bis 25. September d. J. in Köln seine Generalversammlung abhalten wird, hat an die rheinisch-westfälische Industrie die Aufforderung ergehen lassen, einen Berichterstatter in die Generalversammlung zu entsenden, der die Anschauungen der Industrie über die Arbeiterfrage vertreten möge.

Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen haben sich bisher nicht durch übertriebene Arbeitsfreundlichkeit oder durch einen besonders fortgeschrittenen Standpunkt in Sachen der Arbeiterfrage ausgezeichnet. Trotzdem werden sie jetzt vom Verein für Sozialpolitik eingeladen, ihre Anschauungen über diese Dinge zum besten zu geben. — Wird es den Herren des genannten Vereins unheimlich bei dem Sturmhauf der von dem Herrn v. Stamm geführten Reaktion gegen den Kathedersozialismus? unserer staatswissenschaftlichen Professoren? Wird jetzt zum Rückzug geblasen?

Aus Oberschlesien wird der Breslauer „Volkswacht“ geschrieben: Für die oberschlesischen Schulverhältnisse und ihre Uebelmüchtheit ist es bezeichnend, daß vor der letzten Bezirksausschusssitzung in Oppeln nicht weniger als sieben Fälle zur Verhandlung kamen, in denen es sich um Feststellung der Schulunterhaltungsverpflichtungen handelte. Sämmtliche Fälle betreffen Proletarier-Kommunen des Industriebezirks, deren Schulkosten sehr hoch sind für die armen Ortseingewesenen. Die Hütten- und Kohlengrubenbesitzer aber, die nicht in den schmutzigen Proletarierorten wohnen, sondern auf großen Schlössern in gesonderten Gutsbezirken, wollen von Schulbeitragspflichten oft nichts wissen. So wollte u. a. der vielfache Millionär v. Tiele-Windler, der auf Koschdiner Gebiet 4 Kohlengruben besitzt, der Gemeinde Koschdiner nicht einmal armthümliche 800 M. zu den Gemeinde-Abgaben zahlen, er ließ sich erst zur Zahlung verurtheilen. Nebenbei erging es dem ebenso reichen Millionär Graf Guido Hensel v. Donnermarkt gegenüber einigen Gemeinden bei Jabrze. Selbst der königl. Bergfiskus macht es wie die feudalen Magnaten; auch ihm mußte erst der Bezirksausschuß beibringen, daß die Vertheilung der Schulunterhaltungskosten in Jaborske, bei der er zu schlecht wegkommen zu sein glaubte, doch im wesentlichen richtig sei. Kleineren Unternehmern und Mittelschichten nimmt man solche Dinge weniger übel. Die Kohleingewerksamen Babin und Genossen und die große Kattowitzer Aktiengesellschaft sind aber ebenso wie ihre feudalen Vorbilder im wesentlichen hineingefallen. Natürlich befindet sich auch ein großer Agrarier, der Domainbesitzer von Radan bei Gleiwitz, Schöller, unter den Uebervölligen. In diesem letzteren Falle wagte sogar ein preussischer Landrath gegen die Entscheidung des Kreis-Ausschusses, der den Kollegen Schöller natürlich von der Beitragspflicht entbunden hatte, an den Bezirksausschuß Berufung einzulegen, der auch stattgegeben wurde. Die schönen Zeiten der gänzlichen Steuerfreiheit sind vorbei, die Herren aber wollen es noch immer nicht glauben, sie sind allzu sehr an Privilegien gewöhnt.

Hamburg, 30. Mai. (Sig. Ver.) Als im Januar d. J. der Hamburger Hafenarbeiter-Streit seinen Höhepunkt erreicht hatte, traten bekanntlich die Arbeiter mit einer Kundgebung hervor, in der, um zu zeigen, wie wohl sie es mit ihren Arbeitern meinten, sie den Senat um Anstellung eines Hafeninspektors ersuchten, der mit ähnlichen Befugnissen betraut werden sollte, wie etwa ein Fabrikinspektor. Im Jahre 1880 schon hatte der Verband der Hafenarbeiter dieselbe Bitte an den Senat und auch an den Reichs-Landtag gerichtet, ohne aber überhaupt einmal eine Antwort empfangen zu sein. Jetzt, nachdem sich jedoch die „königl. Kaufleute“ herbeigelassen haben, die Anstellung eines Hafeninspektors gütlich zu gestatten, hat der Senat die Angelegenheit aufgenommen und bei der Bürgerschaft die sofortige Anstellung eines Hafeninspektors beantragt. Ueber die Funktionen und die Befugnisse desselben sagt der Antrag das folgende: Der Hafeninspektor, der der Polizei zu unterstellen, auf Vorschlag derselben und nach Anhörung der Deputation für Handel und Schiffahrt vom Senat zu ernennen ist, hat für den Schutz der Hafenarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit derselben, sowohl in den Arbeitsbetrieben selbst, wie bei der Beförderung von und nach den Arbeitsstätten im Hafen, nach Analogie der den Fabrikinspektoren zustehenden Befugnisse in Gemäßheit einer vom Senat zu ertheilenden Instruktion Fürsorge zu tragen. Derselben ist jederzeit der Zutritt zu allen im Hafen befindlichen Fahrgelegenheiten, sowie zu allen anderen Arbeitsstätten daselbst zu verstaten. Er hat die Befugnis, dann, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebseinrichtungen im Hafen eine unmittelbare Gefahr für Leben oder Gesundheit der im Betriebe Beschäftigten besteht, sofort die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nöthigenfalls die Fortsetzung der Arbeit bis zur Abstellung der gerügten Mängel zu untersagen, vorbehaltlich einer etwa später von der Polizeibehörde auf Grund einer von den Beteiligten bei ihr eingelegten Weidwerbe verfügten Aufhebung oder Abänderung der getroffenen Anordnungen. Schließlich enthält der Antrag folgende Strafbestimmung: Diejenigen, die dem Hafeninspektor den Zutritt zu ihren Schiffen oder Arbeitsstätten verweigern oder seinen Anordnungen nicht Folge leisten werden, werden, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. — Dieser Antrag ist auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung gesetzt.

Karlsruhe, 29. Mai. Mit dem 1. Juli erlöschen die Mandate von 31 Abgeordneten der Zweiten Kammer. Von einer Nichtwiederannahme des Mandats ist bisher nur eine Erklärung bekannt, nämlich jene des Reichstags-Präsidenten v. Uuol, der den Bezirk Weirheim-Waldbühl vertritt, und auch dort ist vielleicht die Ablehnung noch keine endgiltige. Von den 32 Mitgliedern der liberalen Fraktion treten 16 aus. Von den 21 Zentrumskleuten scheiden 12. Außerdem steht eine Neuwahl für den Demokraten Wüster, den Sozialisten Stegmüller und den Konservativen Kirchenbauer bevor. Auch in allen sonstigen Wahlkreisen rüftet man sich zu einem sehr lebhaften Kampf.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die 43jährige Frau Anna Lehmann war in Frankfurt a. M. wegen Majestätsbeleidigung gegen die deutsche Kaiserin angeklagt. Die bei verschlossenen Thüren geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung, da es sich um eine falsche Anzeige zu handeln scheint.

Oesterreich. Wien, 30. Mai. Der deutsche Fortschrittklub richtete einen Protest an das Präsidium des Abgeordnetenhauses, durch welchen die beiden Vizepräsidenten Abrahamowicz und Kramarz unter Anführung von neun Fällen, in denen sie die Geschäfts-

Verhandlungen, Mittheilungen und Berichte des Zentralvorstandes Deutscher Industrieller, Nr. 88, Oktober-Dezember 1887, Seite 89.

ordnung verfehlt haben sollen, zur Niederlegung des Präsidiums aufgefordert werden.

Wien, 31. Mai. Dem „Vaterland“ zufolge sprach die parlamentarische Kommission der Reichspräsidenten des Abgeordnetenhauses Abrahamowicz und Kramarz den wärmsten Dank der Majorität für die Verteidigung der Rechte des Abgeordnetenhauses in der letzten Sitzung aus.

Wien, 31. Mai. Die „Neue Freie Presse“ erzählt, daß die Regierung in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf über die Kartelle in den wichtigsten Berufsberufen, namentlich in Zucker, Petroleum, Bier und Salz einbringen werde.

Hungarn.

Budapest, 31. Mai. Chawwinistische Kreise planen für heute Abend anlässlich der Eröffnung des Gastspiels mehrerer Mitglieder des Wiener Hofburg-Theaters eine anti-deutsche Demonstration.

Die Magyaren, deren Kultur ganz auf deutschen Grundlagen aufgebaut ist, haben am wichtigsten Veranlassung zu derartigen Zusammengehören. Aber wahrscheinlich ist es doch, daß die Kundgebungen stattfinden und nicht ohne Erfolg bleiben, haben doch die Chawwinisten in Budapest durchgesetzt, daß ein ständiges deutsches Theater in der ungarischen Hauptstadt, deren Bevölkerung fast ausschließlich deutsch verkehrt, nicht möglich ist.

Schweiz.

Aus Basel wird der „Frankf. Zeitung“ berichtet: Bei der Nationalrats-Verfassungswahl erhielt Köchin (kons.) 3309 und Dr. Zatt (sf.) 3204 Stimmen.

Zwei Konventuale, ein Sozialdemokrat und ein Radikaler vertreten nun Basel im schweizerischen Parlament, obgleich in den kantonalen Körperschaften die Radikalen die Mehrheit haben.

Jürich, Ende Mai. (Fig. Ber.) Im Kanton Zürich hat das Volk am 27. Juni über zwei Initiativbegehren, über einen Gegenvorschlag und über ein Gesetz abgestimmt.

Das erste Initiativbegehren geht vom kantonalen Handwerks- und Gewerbeverein aus und wurde im März 1896 mit 7023 Unterschriften dem Kantonsrat übergeben. Es bezweckt die Revision einzelner Partien des Rechtspflege- (Gerichtsverfassungs-Gesetz und Prozessordnung) Gesetzes. Speziell die Zivilrechtspflege betreffend und zwar im Sinne der Vereinfachung und Verbilligung der Rechtsprechung. Nach dem Vorbild des gut bewährten Handelsgerichts sollen Sondergerichte für gewerbliche und landwirtschaftliche Streitigkeiten, zu deren Behandlung Fachkenntnis notwendig ist, organisiert und es soll sodann das Advokaturwesen durch verschiedene Vorschläge neu geregelt werden.

Dänemark.

Das neue Ministerium hat nun in der ersten Budgetdebatte in einer Art Programm seine Absichten dargelegt. Die Tribünen des Parlaments waren überfüllt, zahlreiche Mitglieder des Landesthing waren im Hofstehing anwesend und man sah der ersten Rede des neuen Ministerpräsidenten mit großer Spannung entgegen.

Tann führte der Abg. Klausen (Soz.) in längerer Rede aus, daß ein Ministerwechsel in Dänemark nicht viel zu bedeuten habe, der geistige Habitus bleibe derselbe.

England.

London, 29. Mai. (Fig. Ber.) Die Regierung will nun auch in der irischen Frage die Liberalen kalt lassen. An eine neue Auflage von Home-rule ist freilich nicht zu denken, aber die vorigen Freitag von Herrn Balfour in Aussicht gestellte Lokalverwaltungsbill für Irland ist von den Nationalisten als eine Abklatschabildung angenommen worden.

Ihre Konten übernehmen, und den Pächtern wiederum soll in Zukunft die Hälfte der bisher von ihnen getragenen Sozialsteuern gestrichen, resp. die Rentenzahlungen in Anrechnung gebracht werden.

Die Parnelliten ihrerseits haben gestern einen kleinen Versuch gemacht, den österreichischen Deutschnationalen ihre Obstruktionstendenzen freitrag zu machen.

Italien.

Rom, 30. Mai. Wie die „Tribuna“ meldet, überreichte Crispi dem Untersuchungsrichter des Gerichtshofes in Neapel seinen formellen Einspruch gegen das wider ihn in dem Prozesse Favilla eröffnete Verfahren.

Nom, 31. Mai. (Voss. Bl.) In Monte Compatri, einem hochgelegenen Landstädtchen des Albanergebirges, fand gestern eine Sozialistenversammlung statt, bei der die Polizei einschritt und die wenigen Gendarmen durch Steinwürfe verwundet wurden.

Aus Rom wird uns geschrieben: Gegen 15 000 Personen waren dieser Tage auf dem „Campo de Fiori“ versammelt, um am Monument des Giordano Bruno Reden zu hören von den Radikalen Imbriani und Soggi und dem Sozialisten Costa.

Spanien.

Madrid, 29. Mai. Der Oppositionelle Moret richtete gestern in einer Rede in der liberalen Vereinigung Angriffe gegen Canovas, welchen er für das Fehlen der Liberalen in der Kammer verantwortlich machte.

Parlamentarisches.

Im Abgeordnetenhause haben die Agrarier unter Führung des Abg. v. Wedel-Steinfels beantragt, daß die Regierung aufzufordern, daß dieselbe a) die amtliche Kontrolle für alles zum öffentlichen Verkauf gelangende Fleisch in die Wege leite;

Prozess v. Tausch — v. Lühow.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Tausch's „Freunde“ über den Prozess Ledert-Lühow. Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Hat v. Tausch Ihnen gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß der Ledert-Lühow-Prozess eigentlich gegen ihn gehe und er abgeschlachtet werden solle?

Zeuge Polizeidirektor Eckhardt

hat im Dezember 1894, als er eben hierher gekommen war, von einem gewissen „Saliz“ einen Brief erhalten, der die Dienste des Briefschreibers anbot und unmittelbare wichtige Mitteilungen in Aussicht stellte.

lehne ich ab, so lange ich nicht besonders dazu ermächtigt werde.

Weitere Zeugen.

Ein Handdiener und ein Dienstmädchen, welche im Auftrage des Lühow Schriftproben für den anonymen Verbrief angefertigt haben, sagen Wesentliches nicht aus.

Wachmeister Beck.

Als er von Herrn v. Tausch den Auftrag erhalten, v. Lühow zu verhaften, habe v. L. hinzugefügt, er müsse auch noch Hausdurchsuchung abhalten, Lühow werde aber freiwillig herausgeben, was er habe.

Ledert Vater und Sohn.

Die Vernehmung des folgenden Zeugen, des Kaufmanns Ledert, beschränkt sich auf die eine Frage, ob er etwas darüber mitteilen könne, von wem sein Sohn die Informationen zu den Artikeln in der „Welt am Montag“ erhalten habe.

Der Artikel über den Fall Kofschmann.

Der Zeuge Ledert bekennt sodann, daß Lühow ihm den Artikel über Kofschmann und die Anarchistenverbrechen mit den Bemerkungen gegeben habe, er rühre von einem höheren Polizeibeamten her, er (Ledert) dürfe dies aber nicht sagen, da sonst der Minister sofort wisse, von wem er ausgehe.

Ledert verweigert die Aussage.

Staatsanwalt Dr. Eger: Ich bitte jetzt auf den ersten Artikel in der „Welt am Montag“ zurückzukommen. — Präsi.: Zeuge Ledert, wer hat Ihnen die Informationen erteilt in betreff des Artikels über die Toastfalschung? — Zeuge Ledert: Herr Präsident, ich habe dem Manne mein Wort gegeben, ihn nicht zu nennen, und das will ich halten.

Staatsanwalt Dr. Eger.

Ich bitte jetzt auf den ersten Artikel in der „Welt am Montag“ zurückzukommen. — Präsi.: Zeuge Ledert, wer hat Ihnen die Informationen erteilt in betreff des Artikels über die Toastfalschung? — Zeuge Ledert: Herr Präsident, ich habe dem Manne mein Wort gegeben, ihn nicht zu nennen, und das will ich halten.

Prozess v. Tausch — v. Lühow.

Sechster Verhandlungstag. Montag, 31. Mai.

Vorsitzender Landgerichtsrath Rößler eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Bemerkung, daß der Artikel der „Ndn. Ztg.“ vom 28. April 1896, als dessen Verfasser fälschlich Herr v. Lühow genannt worden war, nicht die Ueberschrift „Fügeladjutanten-Politik“ trage, sondern „Zum Schicksal der Militär-Strasprozeß-Novelle“.

Geh. Regierungsrath v. Philippborn.

In Fortsetzung der Beweisaufnahme wird zunächst Geh. Regierungsrath v. Philippborn aus dem Ministerium des Innern vernommen. Er soll Auskunft über den wiederholt verkündeten anonymen Brief geben, den v. Lühow im angeblichen Auftrage des Tausch an das Ministerium des Innern gerichtet hat. Der Zeuge erinnert sich, daß einmal ein anonymes Brief im Ministerium des Innern eingetroffen war, der Anschuldigungen gegen den Reichstags-Bureau-Direktor Auaat enthielt, daß er nähere Beziehungen zu sozialdemokratischen und demokratischen Abgeordneten unterhalte. Des näheren kann sich der Zeuge nicht entsinnen. Er weiß nur, daß er damals den betreffenden Brief an den Polizeidirektor Eckhard weiter gegeben hat; ob der Inhalt dieses Briefes sich mit der bei den Akten befindlichen Abschrift eines anonymen Briefes deckt, kann Zeuge bestimmt nicht sagen.

Geh. Oberregierungsrath Friedheim.

Stellvertreter des Polizeipräsidenten: Als v. Tausch mit den Ermittlungen über die Provenienz der Artikel der „Welt am Montag“ betraut war, habe ich wiederholt mit ihm über die Angelegenheit gesprochen. Er theilte mir eines Tages, ohne daß ich ihn durch eine Frage Anlaß gegeben hätte, mit: es sei erstaunlich, daß die Sache aus dem Auswärtigen Amte kommen sollte. Er erklärte dabei, daß er die Nachricht von seinem Agenten habe, dessen Namen er nicht nannte. — Präsi.: Ist das Dienstvorschrift oder bloßes Gerücht, daß den Vorgesetzten die Namen der Agenten verschwiegen werden? — Friedheim: Ich führe das Präsidium ja nur in Vertretung, aber so viel ich weiß, existirt keine Dienstvorschrift. — Präsi.: Also der Angeklagte hatte die Nachricht von der Herkunft aus dem Auswärtigen Amt für glaubhaft gehalten? Zeuge: Nein; er drückte ja sein Erstaunen aus. — Präsi.: Er hat aber doch trotz der Unglaubhaftigkeit daran festgehalten? — Zeuge: Das weiß ich nicht so genau. — Präsi.: Hat er Ledert als den Urheber genannt? — Zeuge: Nein; er lernte ihn ja erst nach dem zweiten Artikel kennen. — Präsi.: v. Tausch hielt also einerseits die Nachricht, daß Ledert im Auswärtigen Amt empfangen werde für unglaubhaft, und andererseits ist doch stark aufrecht, weil Ledert sich doch nicht so etwas vollständig aus den Fingern saugen könnte.

Auf Befragen erklärt der Zeuge weiter: Der Bericht, den der Angeklagte v. Tausch über diese ganze Affäre erstattet hat, ist vom Polizeipräsidenten in dienstlichen Interesse eingefordert worden. Ferner kann ich bestätigen, daß v. Tausch das Bedauern darüber ausgedrückt hat, daß Herr v. Marschall ihm nicht eine Audienz und damit die Möglichkeit gewähre, die Annahme des Staatssekretärs, daß die politische Polizei Politik treibe, vollständig zu zerstreuen. — Präsi.: War das vor oder nach der Erscheinung des Artikels in der „W. a. M.“? — Zeuge: Meiner Erinnerung nach erst nachher. Er hoffte auch, daß der Vorkämpfer Graf Eulenburg ihm eine Audienz zu diesem Zwecke beim Staatssekretär Frhr. v. Marschall erwirken könnte. — Präsi.: Hat er Ihnen auch von einem Briefe an Herrn Grafen Eulenburg erzählt? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Und daß er den Artikel der „W. a. M.“ an Eulenburg geschickt habe? — Zeuge: Nein. Als die Verhandlung im Ledert-Prozesse bevorstand, hat der Angeklagte v. Tausch seine Freude darüber ausgedrückt, daß es ihm nun möglich sein werde, vor aller Öffentlichkeit klarzulegen, daß die politische Polizei keine politischen Intriguen spinne oder überhaupt Politik treibe.

Als der viel erwähnte Artikel im „Berliner Tageblatt“ erschienen war, hat sich v. Tausch mir gegenüber beklagt, daß Dr. Leypsohn eine vertrauliche Mittheilung, die er diesem gemacht und bei der ihm ausdrücklich Discretion zugesagt war, nun doch in seiner Zeitung veröffentlicht habe und noch dazu unrichtig. v. Tausch hatte damals besonders betont, daß er dem Dr. Leypsohn nicht gesagt habe, Ledert werde im Auswärtigen Amt empfangen, und v. Tausch fügte hinzu, daß, wer die ganze Persönlichkeit des Ledert gekennnt, unmöglich annehmen könne, daß dieser junge Mann im Auswärtigen Amte empfangen werde.

Friedheim in Widerspruch mit seiner früheren Aussage.

Präsi.: In der Voruntersuchung haben Sie aber ausdrücklich angegeben, daß Sie die Stellen nicht mehr bezeichnen könnten, die v. Tausch speziell als unrichtig bezeichnet habe. Damals, in verhältnißmäßig kürzerer Zeit nach dem Vorgang, erinnerten Sie sich der Stellen also nicht mehr, jetzt aber sehr genau? — Zeuge: Ja, heute ist es mir sehr erinnerlich; ich habe seitdem sehr viel darüber nachgedacht und gewissenhaft geprüft. — Präsi.: Haben Sie denn v. Tausch nicht nahegelegt, er möge die Notiz doch berichtigen? — Zeuge: Dazu hatte ich keine Veranlassung; ich hatte die Notiz ja nicht zu thun.

Nachdem der Zeuge noch sein Beumundzeugniß zu Gunsten von Tausch's abgeben, erscheint

Vorkämpfer Graf Philipp zu Eulenburg.

Ich habe den Herrn v. Tausch in Abbazia kennen gelernt und hier und da mit ihm mich unterhalten. Ich halte es nicht gerade für unwahrscheinlich, daß ich einem Polizeikommissar, der doch alle Geheimnisse der Erde kennt, einmal gesagt habe: „Wenn Sie einmal etwas Interessantes wissen, theilen Sie es mir mit.“ Eine positive Erinnerung an jene Aeußerung habe ich nicht. Der Zeuge verbreitet sich dann über die Ordensvermittlung.

Als mir Herr v. Tausch den Ausschnitt aus der „Welt am Montag“ zuschickte, welcher meinen Vetter, den Hofmarschall, betraf, hatte ich nicht den Eindruck, daß eine besondere Intrigue oder sonst etwas dahinter liege. Die daran geknüpften Bitten, ihn zu empfangen, erschien mir gar nicht auffällig. — Präsi.: Ist es nicht befremdlich, daß der Angeklagte Ihnen damit dankbar erschienen wolle, daß er einen Artikel Ihnen übersandte, der einen Ihrer Verwandten einer unehrenhaften Handlung bezichtigte? — Zeuge: Danach habe ich nicht gefragt. Ich nahm an, daß v. Tausch glaube, mir mit der Uebersendung des Artikels einen Gefallen zu erweisen. Ich hatte kein Interesse daran, die Quelle des Artikels näher kennen zu lernen und habe meinerseits keine Anfrage nach dieser Richtung hin weiter an v. Tausch gerichtet.

Der Vorkämpfer wird hierauf entlassen.

Herr Generalsekretär Bued, Tausch's Aecipgenosse.

Ich habe in den achtziger Jahren bei Siechen verkehrt und lernte an dem Stammtisch auch Herrn v. Tausch kennen. Ich habe gerne mit ihm verkehrt und habe gesehen, daß er in der Gesellschaft dort eine gute und angenehme Stellung einnahm. Er war keineswegs ein sogenannter Erzähler, sondern hat, wenn die Sprache auf öffentliche Dinge kam, stets große Zurückhaltung bewahrt. In den etwa zwölfs Jahren, die ich Herrn v. Tausch kenne, habe ich nie etwas Unpahrhaftes oder Unehrenhaftes an ihm entbedt. Ich traf ihn dort sogar noch während des Prozesses Ledert-Lühow. — Präsi.: Hat er auch dort erzählt, daß der Prozess eigentlich gegen ihn gerichtet sei? — Bued: Das weiß ich nicht.

Die Industriellen zahlen an Schweinburg nur 3000 M. pro Jahr.

Staatsanwalt Dr. Eger: Hat Ihnen der Angeklagte v. Tausch einmal davon gesprochen, daß Herr Victor Schweinburg von dem Zentralverbande der Industriellen eine Entschädigung von jährlich 30000 M. erhalte? — Zeuge: Ich weiß nur, daß Ende der achtziger Jahre einmal in der Presse das Gerücht verbreitet wurde, Herr Schweinburg erhalte vom Zentralverbande 30000 M. jährlich. Ob Herr v. Tausch auch diese Behauptung aufgestellt, weiß ich nicht, ich weiß aber, daß die Behauptung durchaus falsch war. — Staatsanwalt Dr. Eger: Darf ich bitten, uns kurz die Verhältnisse Schweinburg's zu General-Konful Kunze anzugeben? — Zeuge: Sehr gern. Herr Schweinburg liefert nach einem mit ihm geschlossenen Abkommen 3000 Exemplare seiner „Berliner Politischen Nachrichten“ an den Zentralverband der deutschen Industriellen und empfängt dafür jährlich 3000 M.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erhält Schweinburg von den Industriellen weitere 12000 M. pro Jahr.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat der Zentralverband ferner eine kleinere Korrespondenz ins Leben gerufen, welche Herr Schweinburg unter dem Namen „Neue Reichs-Korrespondenz“ herausgibt. Diese ist gänzlich unabhängig von den „Berl. Pol. Nachr.“ Herr Schweinburg hat sich durch Vertrag verpflichtet, diese „Neue Reichs-Korrespondenz“ kostenfrei an etwa 400 kleine Zeitungen der Provinz, deren Redakteure ja doch nur mit der Scheere arbeiten können, zu versenden und in jeder Nummer mindestens einen gegen die Sozialdemokratie und deren Tendenzen gerichteten Artikel zu bringen. Wir haben geglaubt, daß wir auf diese Weise am wirksamsten der Sozialdemokratie entgegenzutreten können. Für diese Korrespondenz, die Herr Schweinburg zweimal wöchentlich herausgibt, erhält er von mir im Auftrage des Zentralverbandes monatlich 1000 Mark. Die Diskont-Gesellschaft ist nur unsere Geldvermittlungsstelle. — Staatsanwalt Dr. Eger: Haben Sie damals mit Herrn Schweinburg darüber gesprochen, wen er für den Urheber jenes Gerüchtes hielt? — Zeuge: Das erinnere ich mich nicht. — Rechtsanwält Dr. Sello: Kennen Sie den sonst üblichen Preis, der für den Bezug der „Berl. Pol. N.“ zu zahlen ist? — Zeuge: Nein, ich weiß nur, daß der Preis verschieden ist. Mir ist gesagt worden, daß in einzelnen Fällen bis zu 500 M. bezahlt wird.

Polizeipräsident v. Windheim.

Präsi.: Geben Sie zunächst in kurzen Umrissen ein Bild von den Aufgaben, die die politische Polizei zu erfüllen hat. — Zeuge: Sie war früher ein Theil des Zentralbureaus und ist seit 1879 eine selbständige Abtheilung geworden, mit einem selbständigen Leiter. Dazu tritt ein Chef der Exekutive, der früher Herr v. Maenderode war und jetzt Graf Stillsfried ist. Diefem sind 10 Kommissare, eine Anzahl Wachtmeister und Schulkleute zugehört. Eine eigentliche Dienstinstruktion giebt es für die Kommissare nicht, es liegt in der Natur der Sache, daß dem Takt, der Umsicht und der Erfahrung der Kriminalkommissare ein weiter Spielraum gelassen wird. Die von den Kommissaren angenommenen Agenten werden von den ersteren bezahlt und die Leitung wird dem Chef der Exekutive eingereicht. Es ist richtig, daß die Namen der Agenten dem Polizeipräsidenten nicht genannt werden, um den Präsidenten vollständig rückenfrei zu lassen.

Ueber die Verfolgung unsauberer Agenten.

Präsi.: Wer entscheidet, ob ein Agent, wenn er sich in Ausübung seines Berufes strafbarer Handlungen schuldig gemacht hat, strafrechtlich verfolgt wird oder nicht, da doch die Polizei an sich zur Anzeige und zum Einschreiten verpflichtet ist. — Windheim: Mir ist noch nie eine solche Mittheilung gemacht worden. — Präsi.: Kann ein Kommissar zu der Ansicht gekommen sein, daß nach seiner Meinung es mehr im staatlichen Interesse liegt, geringfügigere Vergehungen eines Agenten nicht zur Anzeige zu bringen, als sie an die große Glocke zu bringen? — Zeuge: Wenn ein Agent solche Vergehungen begangen hat, die ihn als unzuverlässig geizet haben, dann wird er eben entlassen. — Präsi.: Ja, v. Tausch hat uns gesagt; die besten Agenten seien die unsaubersten; wenn nun so ein Agent entlassen wird, so kann doch vielleicht bei dem Kommissar die Frage entstehen, ob der Mann, der nun alles mögliche in Erfahrung gebracht hat, nicht große und dem Staatsinteresse zuwiderlaufende Indiskretionen begehen könnte. Ist es nun möglich, daß ein solcher Kommissar in solchem Falle selbständig die Entscheidung trifft, daß im Staatsinteresse von einer Strafanzeige Abstand zu nehmen sei? — Zeuge: Das kann wohl sein. Ich denke aber, in solchem Falle wird der Kriminalkommissar mit dem Chef der Exekutive Verabredung pflegen und mit diesem gemeinsam die Entscheidung treffen. — Angeklagter v. Tausch: Ich habe aus der Bemerkung des Obersten Gade, daß das Kriegsministerium kein Interesse mehr an der weiteren Verfolgung der Sache habe, entnommen, daß es nicht im Staatsinteresse liege, weitere Schritte zu thun. — Präsi.: Halten Sie, Herr Präsident, den Kriminalkommissar für verpflichtet, in solchen Fällen mit dem Chef der Exekutive zu verathen? — Zeuge: Von einer Verpflichtung glaube ich, kann nicht die Rede sein. Ich habe nur andeuten wollen, daß ich glaube, es sei eine Sache des Tactes und der eigenen Sicherheit des Kriminalkommissars, wenn dieser in Zweifelsfällen sich mit dem Chef der Exekutive in Verbindung setzt.

Ueber den Artikel im „Berliner Tageblatt“.

Präsi.: Was wissen Sie, Herr Präsident, von den Aeußerungen des Angeklagten v. Tausch über den Artikel im „Berliner Tageblatt“ und von der Stellungnahme des Angeklagten zu dem in dem Artikel enthaltenen Sage: „Ledert wird im Auswärtigen Amte empfangen.“ — Zeuge: Geheimrath Muhl, der damals beauftragt worden vor, Herrn v. Tausch zu Aeußerungen über diese Sache zu veranlassen, hatte mir mitgeteilt, daß Herr v. Tausch aufs entschiedenste bestritte, Herrn Leypsohn etwas gesagt zu haben. — Präsi.: Haben Sie mit Herrn v. Tausch auch persönlich darüber gesprochen oder haben Sie sich nicht gewundert, daß Herr v. Tausch nicht für eine Berichtigung dieser falschen Nachricht Sorge trug? — Zeuge: Ich glaube nicht, daß ich mit Herrn v. Tausch persönlich darüber gesprochen habe. Von einer Berichtigung des Artikels im „Tageblatt“ war keine Rede. Ich habe auch dem ganzen Artikel damals keine so große Bedeutung beigelegt. Später habe ich ja gesehen, daß auch dieser Artikel ein Steinchen mehr in dem Bau der Anschuldigungen gegen das Auswärtige Amt bilden konnte. — Präsident: Der Angeklagte v. Tausch hat doch aber selbst dieser Leypsohn-Affäre eine sehr große Bedeutung beigelegt, wie seine Bemerkungen zu den Zeugen Hman und Harden beweisen, daß er das Opfer dieses Prozesses werden soll. — Zeuge: Ich weiß nur, daß Herr v. Tausch damals den Standpunkt vertrat: er würde doch nicht so dumm sein, Herrn Leypsohn, dessen freundliche Beziehungen zum Auswärtigen Amte er ja kannte, eine solche Mittheilung zu machen, denn er mußte ja doch annehmen, daß Herr Leypsohn sofort dem Auswärtigen Amte Meldung machen würde. Ich muß sagen, daß ich damals diesen Standpunkt für einen ganz richtigen hielt.

Ueber die Nichtmeldung bei Minister Rößler.

Präsi.: Wie stellen Sie sich zu der Behauptung des Angeklagten, daß er dem Minister des Innern von seinen Recherchen in der Kuluß-Sache nichts mitgeteilt habe, weil er Sie im Wohnzimmer des Ministers traf und nicht glaubte, daß er über Ihren Kopf hinweg derartige Mittheilungen machen dürfte. — Zeuge: Ich

kann beim besten Willen keine Rechenschaft mehr darüber ablegen, welche Erwägungen mich damals dazu bestimmt haben mögen, über diese Angelegenheit zu schweigen. Es mag vielleicht der Gesichtspunkt maßgebend für mich gewesen sein, daß nach meiner Ansicht die Sache erledigt sei und ich kein Interesse daran haben konnte, die einmal vorhanden gewesenen und glücklich beigelegten Differenzen — so nenne ich sie — zwischen zwei Ministern aufs neue ausleben zu lassen. Aber, wie gesagt, ich kann mir heute selbst keine Rechenschaft mehr über die mich leitenden Gesichtspunkte ablegen. — Präsi.: Dann würde das für Tausch belastende Moment, das darin gefunden wird, daß v. Tausch dem Minister des Innern keine Mittheilung gemacht habe, wegfallen? — Zeuge: Wenn in dieser Beziehung überhaupt eine Schuld vorliegen sollte, dann müßte sie auf mich fallen.

Ueber den eigentlichen Zweck des Prozesses Ledert-Lühow.

Präsi.: Wie stellen Sie sich zu der Annahme v. Tausch's, daß im Prozeß Ledert-Lühow die politische Polizei bezüglich v. Tausch selber der eigentliche Angeklagte war? — v. Windheim: Dazu hatte Herr v. Tausch allen Grund. Man brauchte nur die damals erschienenen Artikel in den Zeitungen, z. B. „Köln. Ztg.“, „Frankfurter Ztg.“, „Hannov. Courier“ etc. zu lesen. Seine Situation war sehr gefährlich. Ich bin selber der gleichen Ansicht wie v. Tausch gewesen.

Ueber den Bericht v. Tausch's.

Präsi.: Haben Sie Herrn v. Tausch nicht den Auftrag gegeben, Ihnen genaue Bericht über die ganze Angelegenheit, die die Artikel der „Welt am Montag“ betraf, zu erstatten? — Zeuge: Ja wohl; ich hatte den ganzen Fall gewissermaßen entziffern sehen und glaubte, daß wir durch loyale Be dienung des Auswärtigen Amtes die politische Polizei von dem auf ihr ruhenden Verdacht reinigen könnten. Herr v. Tausch erstattete dann seinen acht Seiten langen Bericht. Ich überbrachte den Bericht an Herrn v. Marschall, der mich bat, ihn denselben zu überlassen. Dazu war ich nicht in der Lage, da ich erst mit Herrn v. d. Riede Rücksprache nehmen mußte. — Präsi.: Hat Herr v. Tausch bei dieser Gelegenheit mit Ihnen über seine Beziehungen zu dem Vorkämpfer Grafen zu Eulenburg gesprochen? Der Angekl. v. Lühow behauptet ja, v. Tausch habe durch Eulenburg die Artikel an den Kaiser bringen lassen wollen. — Zeuge: Der Angeklagte erzählte mir, daß Graf Eulenburg nach Berlin komme und dann vielleicht eine Vermittlerrolle für ihn beim Auswärtigen Amte übernehmen würde. Wann das war, weiß ich nicht. — Präsi.: War der Angeklagte dem Kriegsministerium überwiesen und konnte er sich für berechtigt halten, eine Urkundensälschung nicht zu verfolgen, wenn er meinte, der Kriegsminister wolle die Sache begraben sein lassen? — Zeuge: Ich kann darüber keine Auskunft geben, das ist eine Sache der persönlichen Auffassung. Instruktionen hierfür existiren nicht. Herr v. Tausch war dem Großen Generalstabe, dem Kriegsministerium und dem Marine-Amt zugetheilt, er hatte damit natürlich nicht aufgehört, königl. preussischer Kriminal-Kommissarius zu sein.

Präsi.: Können Sie uns etwas über den Charakter des v. Tausch mittheilen? — Zeuge: Ich kann nur sagen, daß ich ihn als einen geschickten, zuverlässigen und ehrenhaftesten Beamten kennen gelernt habe. In einem Falle freilich war eine gewisse Neigung zur Eitelkeit und Selbstüberhebung nicht zu verkennen, ein gewisses Verkennen seiner Stellung gegenüber seinem Dienstvorgesetzten. Er war eben etwas vermöhnt durch seine eigenartige Stellung, die es mit sich brachte, daß er über die Köpfe seiner direkten Vorgesetzten hinweg oft in persönliche Beziehungen mit mir und anderen Behörden trat. Selbst für mich war es bei der eigenartigen Stellung des Herrn v. Tausch sehr schwierig, zu verlangen, daß er die Dinge stets auf dem ordnungsgemäßen Dienstwege erledigte. Es giebt eine ganze Menge von Dingen aus seiner amtlichen Thätigkeit, bei denen es ihrer Natur nach mir selbst wünschenswerth erscheint, daß möglichst wenige darüber unterrichtet werden und ich möglichst direkt darüber Vortrag bekomme. — Ueber das Disziplinarverfahren wider v. Tausch.

Auf Befragen des Oberstaatsanwalts bekundete der Polizeipräsident, daß f. Z. allerdings in disziplinarer Weise das Verhalten des v. Tausch dem Redakteur Schweinburg gegenüber, mit dem er dienstlich zu thun und trotzdem Geld-geschäfte mit ihm gemacht habe, Gegenstand der Erörterungen gewesen ist und daß der Minister des Innern es für angezeigt gehalten hat, dem Angeklagten v. Tausch eine Verwarnung zu theil werden zu lassen. So viel er wisse, sei eine förmliche Disziplinarstrafe nicht erfolgt. Ueber die Einzelheiten der Akten sei er nicht informiert, sie spielen im Jahre 1892 — also lange vor meinem Amtsantritt — es handle sich um die Behauptung eines Cypressenverfälschung. — Der Oberstaatsanwalt erklärt, daß ihm die Disziplinarakten vorliegen und zu vertraulicher Einsichtnahme überlassen worden seien. Er habe bisher davon keinen Gebrauch gemacht und sei auf die ganze Angelegenheit nur eingegangen, weil sie der Angeklagte selbst angeregt hatte.

Ein Konflikt zwischen Staatsanwalt und Verteidiger.

Weiter erklärt der Zeuge, daß er von der Kuluß-Sache Quittung erst in der Hauptverhandlung des Ledert-Prozesses Kenntniß erhalten habe. — Rechtsanwält Dr. Lubszynski erklärt, daß dies mit einer im stenographischen Berichte enthaltenen Aeußerung des Oberstaatsanwalts nicht recht in Einklang zu bringen sei, wonach der Oberstaatsanwalt erklärte, schon zwei Tage vorher mit dem Herrn Polizeipräsidenten darüber gesprochen zu haben, und wünscht Auskunft darüber, wie der Oberstaatsanwalt zu jener Aeußerung gekommen sei. — Oberstaatsanwalt: Ich werde hier in einer eigenthümlichen Weise provoziert. Ich weiß nicht, soll ich mich hier verantworten, oder soll ich hier als Zeuge vernommen werden? Dann möge der Verteidiger deutlicher reden, was er eigentlich will. Auf diese Provocation gehe ich aber nicht ein. — Rechtsanwält Dr. Lubszynski entschuldigt sich, daß er nur Aufklärung erbeten haben wolle. — Der Oberstaatsanwalt giebt dann die Aufklärung dahin ab, daß diese Aeußerung eben am letzten Verhandlungstage gefallen sei.

Rechtsanwält Dr. Lubszynski: Herr Polizei-Präsident, Sie haben erwähnt, daß Herr v. Tausch Ihnen den Ledert vorgeführt hat, um Ihnen durch dessen ganze Persönlichkeit vor Augen zu führen, daß er unmöglich einen Hintermann in der Person des Herrn v. Marschall haben konnte. Ist dies aus eigenem Antriebe des Herrn v. Tausch geschehen? — Zeuge v. Windheim: Jawohl, ich erinnere mich, daß Herr v. Tausch eines Tages zu mir ins Bureau kam und zu mir sagte, daß er soeben Ledert vernommen habe, ob ich mir den „grünen Jungen“ einmal ansehen wolle. Das habe ich dann gethan. — Rechtsanwält Lubszynski: Hatten denn der Herr Polizeipräsident die Ansicht, daß dieser kleine grüne Mann einen großen Hintermann hinter sich hatte? — Zeuge v. Windheim: Ich war allerdings der Ansicht, daß er sich den Inhalt der Artikel nicht völlig aus den Fingern gesogen haben könnte.

Politische Polizei und Briefsälschung.

Rechtsanwält Lubszynski: Ich muß jetzt einen Umstand erwähnen, welcher, wenn auch nicht direkt mit dem Prozesse und der Schuldfrage zusammenhängt, so doch für das Straf-maß in betref der Angeklagten v. Lühow in betracht kommen kann. Ich beabsichtige in meinem Plaidoyer die Behauptung aufzustellen, daß die Polizei sich nicht scheut, zur Erreichung

gewisser Zwecks auch gefälschte Briefe zu benutzen. Der Journalist Wedekind gibt eine Korrespondenz heraus — die nur an eine kleine Anzahl bestimmter hoher Personen geht — bei der er durch Mitteilungen hochstehender Persönlichkeiten unterrichtet wird. Der Polizei war nun darum zu thun, eine Nummer der Korrespondenz zu erlangen, und um diesen Zweck zu erreichen, sandte sie einen Brief an Wedekind, der die gefälschte Unterschrift des Reichstags-Abgeordneten Grafen Cramer trug. Diefem Boten handigte Wedekind auch eine Nummer aus. Wedekind beschuldigte nun Lühow dieser Fälschung und Lühow wurde nun von derselben Polizei verurteilt, welche die Fälschung veranlaßte. Ist dem Herrn Polizeipräsidenten von diesem Vorgange etwas bekannt? — Oberstaatsanwalt: Ich bedauere lebhaft, daß der Herr Verteidiger einen Vorgang in die Verhandlung hineinzieht, von dem er selbst sagt, daß derselbe für die Schuldfrage des Herrn v. Lühow von keiner Bedeutung ist. Ich weiß ja, daß v. Lühow befreit gewesen ist, auch den Angeklagten v. Tausch in diese Affäre hineinzuziehen, in der Voruntersuchung stellte sich aber evident heraus, daß v. Tausch nicht damit in Verbindung steht, sondern durch Lühow erst damit in Verbindung gebracht wurde. Ich erwartete von der Loyalität des Verteidigers, daß er nach unserer Besprechung dieses Vorganges keine Erwähnung thun werde. Wie ich annehme, hat er jetzt diesen Punkt nur herangezogen, um Sensation zu erregen, denn ich vermag nicht einzusehen, wie er dadurch etwas für seinen Klienten erreichen will, wenn er etwas heranzieht, was zum Nachteil des Herrn v. Lühow spricht. Außerdem muß ich bemerken, daß ich in wiederholter persönlicher Rücksprache mit dem Herrn Verteidiger dahin übereingekommen bin, dieses völlig harmlose und jeder politischen Bedeutung entbehrende Vorgange im Laufe der Verhandlung keine Erwähnung zu thun. — Rechtsanwält Lubjanski (in erregtem Tone): Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß der Herr Oberstaatsanwalt mir unterstellt, daß ich Sensation hervorrufen wolle. Dieser Vorwurf entbehrt — Präsi.: Ich verbitte mir entschieden diesen ungebührlichen Ton und spreche ebenfalls mein Bedauern aus, daß dieser Punkt in die Verhandlung hineingezogen wurde. Bisher habe ich die Verhandlung mit einer Objektivität geleitet, die in der Presse sogar als „ängstlich“ gekennzeichnet wurde. Wenn der Herr Verteidiger in diesem Tone fortfährt, muß ich ihn in eine Ordnungstrafe nehmen. — Rechtsanwält Lubjanski: Herr Präsident, ich habe von vornherein gesagt, daß ich die Frage nur anrege, da sie nach meiner Meinung auf das Strafmaß von Einfluß sein kann. Ich wollte zeigen, daß hier die Polizei genau von der Fälschung des Briefes Kenntnis hatte und dennoch v. Lühow verantwortlich vernahm. Wenn die Polizeibehörde, welcher Lühow unterstand, selbst zu solchen Mitteln greift, so kann doch gegen ihn die Ruffakts-Affäre nicht unter gleichem Gesichtspunkt wie in anderen Fällen benrtheilt werden. Mindestens hat es also Einfluß auf die Höhe des Strafmaßes und es war meine Pflicht, dies zu gunsten des Angeklagten geltend zu machen.

Rechtsanwält Dr. Sello erklärt, daß die Verteidigung Tausch's nun ein sehr aktuelles Interesse daran habe, näheres über diese Affäre zu erhalten. — Angell. v. Lühow appelliert an den Präsidenten, ihm das Wort zu gestatten, da ihm die Erörterung dieser Angelegenheit höchst wichtig sei. Ich mußte im Austrage des v. Tausch zwei- oder dreimal Nachrichten lanciren. Die Wedekind'sche Korrespondenz kam aus drei Gründen in Frage; erstens ging sie nur in die ersten Postreife, zweitens an den Fürsten von Fürstenberg, den bekannten Freund des Kaisers und drittens, da Wedekind auch Korrespondent amerikanischer Blätter ist, in Ausland. Einmal Tages beantragte mich Herr v. Tausch, durch Wedekind die Nachricht in die Presse zu dringen, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe aus der Privat-Schatulle des Kaisers seinen Stallhalter-Gehalt von 100 000 Mark weiter beziehe. Wedekind lehnte die Aufnahme aber ab. Einmal sollte ich auch eine Nummer der Korrespondenz stellen. Herr v. Tausch beziehlich die Polizeibehörde schlugen dann einen anderen Weg ein. — Präsident (dankenswerth): Behörden schlagen überhaupt keine Wege ein. Die Sache ist erledigt. — v. Lühow (fortfahrend), da rief mich v. Tausch eines Tages zu sich und sagte mir: Wedekind hat Sie wegen der Brief-Fälschung angezeigt. Geben Sie ruhig der Wahrheit gemäß zu Protokoll, daß Sie nichts davon wissen. Später, nach der Vernehmung, frug er mich: Na, wie haben Sie ausgefagt? Ich sagte es, dann erwiderte er: Gut, die Sache ist von uns hier gemacht worden. Aber der Verdacht, daß ich die Fälschung des Briefes begangen, hat bestanden. — Präsi.: Aber heute besteht er nicht. — Lühow: Als angeklagter Fälscher muß ich doch zeigen, wie ich zu solchen „Eiften“ durch die Polizei oft mißbraucht worden bin. — Präsi.: Es wird in Sache der Schworenen sein, zu beurtheilen, ob Sie oder Herr v. Tausch glaubwürdig sind. Selbst wenn Sie diese Behauptung beweisen, beweist dies wider die gegenwärtige Anklage gar nichts.

Oberstaatsanwalt Drecher: Ich möchte doch noch zu dem ganzen Zwischenfall eine Bemerkung machen. Ich habe für meine Behauptung Beweise, wenn Herr Lubjanski sie in Abrede stellen sollte. Man wird mir in der Öffentlichkeit vorwerfen, daß ich geflissentlich hier etwas von der öffentlichen Verhandlung fern halten möchte. Frustriert wird ja die Angelegenheit sicher werden. Der Herr Verteidiger wird sehr bald die Ergüsse der Blätter einer gewissen Richtung zu Gesicht bekommen. Ich habe mich eifrig bemüht und glaube es auch erreicht zu haben, daß die Angelegenheit Wedekind, die gar keinen politischen Charakter und wirklich ziemlich harmlos ist, nicht zur Sprache gebracht werde, weil sie mit dieser Anklagesache gar nicht in Verbindung steht und eine Behandlung derselben nur der Sensationslust dienen würde. Man wird mir nicht vorwerfen können, daß ich Angeklagte schone; dazu habe ich in meinem langen amtlichen Leben noch niemals Veranlassung gegeben und ich kann die heiligste Verpflichtung abgeben, daß ich, auch wenn die Sache noch so skandalös wäre und gleichgiltig, ob sie für oder gegen unsere Auffassung Folgerungen ergeben würde, sicher davon Gebrauch gemacht hätte, selbst auf die Gefahr hin, wenn es irgendwie mit der Sache zusammenhinge. Der Herr Verteidiger mußte aber doch mit mir aus dem Alken gesehen haben, daß dies keineswegs der Fall ist. Ich war also der festen Ansicht, daß um des Skandal's willen die Sache nicht zur Verhandlung kommen müsse. Ich habe diese Ansicht dem Herrn Verteidiger ausgedrückt und glaubte, auch dessen Zustimmung zu haben. Er muß aber wohl seine Ansicht geändert haben, denn Herr Wedekind theilte mir brieflich mit, daß nach ihm gewordener Mittheilung der Verteidiger ihn doch vorzuladen beabsichtige. Ich habe mich darauf hin nochmals mit dem Verteidiger in Verbindung gesetzt und habe es wiederholt, als Herr Wedekind plötzlich wirklich vorgeladen wurde. Ich hielt die Sache damit für erledigt. Ich bleibe also bei meiner Darstellung. — Rechtsanwält Dr. Lubjanski: Ich bestreite zunächst entschieden, daß, nachdem ich Herrn Wedekind vorgeladen, ich auch nur noch ein Wort über diese Sache mit dem Herrn Oberstaatsanwalt gesprochen habe. Nachdem der letztere hier ansprechen durfte, daß das, was ich hier vorzubringen für meine Pflicht hielt, nur der Sensationslust entspringe und nachdem der Herr Vorsitzende gesagt hat, daß er mein Vorgehen bedauert, muß ich, trotzdem ich sechs Monate emphyen Pleites auf diese Sache verwendet habe, doch die Verteidigung niederlegen, da mir unter diesen Umständen eine fernere Führung derselben der Sache nicht förderlich erscheint.

Der Verteidiger verläßt den Saal.
Der Polizeipräsident wird entlassen, auf die Vernehmung des

Geb. Rath's Christ wird verzichtet. — v. Tausch erklärt, daß er von diesem Briefe nichts gewußt habe.

Mittagspause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt der Vorsitzende: Durch die pöthliche Mandatsniederlegung des Rechtsanwalts Dr. Lubjanski und durch die daran sich knüpfende Erklärung des Rechtsanwalts Dr. Holz, daß er Bedenken trage, die Verteidigung unter diesen Umständen allein weiter zu führen, da sein Mitverteidiger dem Angell. v. Lühow schon im Vorprozesse zur Seite gestanden, sind Schwierigkeiten entstanden, die vielleicht dazu führen könnten, daß die Anklagesache gegen v. Lühow abgetrennt werden müßte. Es hat dies Veranlassung gegeben, mit Herrn Dr. Lubjanski eine Aussprache zu halten. Nachdem mir die Gründe bekannt gegeben worden sind, die Herrn Dr. Lubjanski zu seinen Ausführungen veranlaßt haben, nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß, wenn mir diese Gründe vorher bekannt gegeben wären, ich keinen Anstand gehabt hätte, sein Vorgehen als ein bedauerliches zu erklären. — Oberstaatsanwalt Drecher: Mit Rücksicht darauf, daß ich der Meinung bin, daß eine Trennung der Sache oder eine Vertagung abzuholen zu vermeiden ist und in Erwägung der Erklärungen des Dr. Lubjanski habe ich meinerseits zu erklären, daß ich den Vorwurf, als habe Dr. Lubjanski die Wedekind'sche Angelegenheit nur aus Sensationslust vorgebracht, nicht mehr aufrecht erhalte. — Präsi.: Ich denke, unter diesen Umständen wird Rechtsanwält Dr. Lubjanski den Zwischenfall als erledigt betrachten können. — Rechtsanwält Dr. Lubjanski: Ich nehme unter diesen Umständen die Verteidigung wieder auf.

Fink, Redakteur der „Post“.

Der folgende Zeuge ist der Redakteur Fink. Am zweiten Verhandlungstage hatte der Angeklagte v. Tausch behauptet, daß der Angeklagte v. Lühow mit dem Zeugen Fink eine Korrespondenz habe ins Leben rufen wollen. Der Zeuge erklärte nun ausdrücklich, daß zwischen ihm und dem Angeklagten — wie auch bereits von dem letzteren bestätigt worden sei — niemals hieron die Rede gewesen sei.

Der Chef des Herrn v. Tausch.

Es folgt die Vernehmung des Geb. Polizeiraths Muhl, der zunächst im wesentlichen die Angaben bestätigt und die Ansichten theilt, welche der Polizeipräsident v. Windheim in betreff der von Ledert in die Presse lancirten Kritik geäußert hat. Auch dieser Zeuge ist von dem Angeklagten v. Tausch erfragt worden, sich Ledert einmal anzusehen. v. Tausch habe dabei gesagt: „Und dieser grüne Junge will von Herrn v. Marschall empfangen sein?“ — Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß dies am 10. Oktober gewesen und es daher auffällig sei, wenn v. Tausch am 21. Oktober dem Dr. Leysold gegenüber die positive Behauptung aufgestellt haben sollte, Ledert sei von Herrn v. Marschall empfangen worden.

Der Zeuge hat dann vom Präsidenten den Auftrag erhalten, den v. Tausch über seine Mittheilung an Leysold zu befragen. Bei dieser Gelegenheit habe Tausch auf entschiedenem bestritten, gesagt zu haben, daß Ledert im Auswärtigen Amt empfangen werde und hinzugefügt, ob man denn glaube, daß er so dumm sein werde. Die weiteren Aussagen dieses Zeugen scheinen dem Angell. v. Tausch nicht unangenehm zu sein, er ist jedoch am Berichterstatter-Tische absolut nicht zu verstehen. Wichtig sei es, daß die Namen der Agenten von den Kommissaren geheim gehalten werden; er selbst habe gar kein Gelasche danach, sie kennen zu lernen, denn die ganze Sache sei auf Vertrauen aufgebaut und er brauche die Namen nicht zu wissen. Was die Pflicht zur Straf-anzeige betrifft, so scheint der Zeuge der Ansicht zu sein, daß es sich hier in diesem Falle um eine kriegsministerielle Angelegenheit handelte, die v. Tausch zu erledigen hatte, weil er dem Kriegsministerium zugewiesen war. In diesem Falle dürste die Pflicht zur Anzeige des Agenten nicht vorgelegen haben. v. Tausch sei ein eifriger und fleißiger Beamter gewesen, bei dessen Berichten man aber manchmal zweifelhaft war, was Schlussfolgerungen und was Thatsachen waren. Er pflegte manchmal fehlende Bindglieder aus seiner eigenen Kenntnis der Dinge heraus auszufüllen. — Präsi.: Unter diesen Umständen ist es dann auch wohl leichter gewesen, die Berichte anderer zu glauben, als ein nachheriger Beurtheiler der Dinge? — Zeuge: Das ist wohl möglich. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Holz erklärt der Zeuge, daß Personalkisten über die Polizei-Agenten nicht geführt und die Quittungen derselben nur einige Zeit lang von dem Vorsitzenden der Exekution in seinem Gelochsantle aufbewahrt werden.

(Schluß im Hauptblatt.)

Lokales.

Unser Kollege Roland-Dierl, der die Segnungen der deutschen Majestätsgrüße und des September- und Sedanurtes mit 15 Monaten Gefängnis zu bezahlen hatte, kehrt heute in die preussisch-deutsche Freiheit zurück — das heißt aus dem kleinen Gefängnis in das große. Wir wollen hoffen, daß die lange Freiheitsberaubung den tief in den Sechzigern stehenden Mitkämpfer, der ohne Murren und stolz im Bewusstsein erfüllter Pflicht, die Leiden und Entbehrungen des Kerlers getragen hat, nicht dauernden Schaden an seiner Gesundheit zugefügt habe. Wir freuen uns, den treuen Genossen wieder in unserer Mitte begrüßen zu können, und rufen ihm ein herzlich willkommen zu. — Damit verläßt der letzte unserer inhaftirten gewesenen Redakteure die Bastille am Pflanzenssee und außerdem können wir die leider ebenso seltene Thatsache konstatiren, daß zur Zeit gegen den „Vorwärts“ nicht ein einziges strafrechtliches Verfahren anhängig ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Bekanntlich ist der Wahlverein für unseren Kreis wieder freigegeben und derselbe hat somit seine Thätigkeit wieder aufgenommen. Der unterzeichnete Vorstand giebt nunmehr bekannt, daß bis auf weiteres folgende Wahlstellen eingerichtet worden sind: Schönhauser Vorstadt: Lieht, Schwedterstr. 83; E. Schmidt, Arnsdorferstr. 24; Augustin, Kastanien-Allee 11. Rosenthaler Vorstadt: D. Bachgänger, Swinemünderstr. 120, und Rosin, Müppinerstr. 42. Oranienburger Vorstadt: Pfeifer, Schwarzhofstr. 11; E. Diete, Adersstr. 123, und Hilgenfeld, Bergstr. 60. Gesundbrunnen: Gaslerland, Wellermannstr. 67; Hermann, Putzbrunnstr. 45, und Schulmann, Sandstr. 1b. Wedding: F. Kleinert, Müllerstr. 7a; Tauschel, Biesenstr. 28, und Heising, Schulstr. 114. Roßdill: M. Faber, Stephanstr. 11; G. Henker, Beinfelderstr. 29; Pfarrer, Entlichstr. 9, und Köhler, Calvinkir. 11. — In obigen Wahlstellen werden Mitglieder aufgenommen und Beiträge erhoben.

Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. In der am Sonntag den 20. Mai nach der Uedungsstunde stattgefundenen Ansehungsversammlung des Bundes wurde Herr Richard Blobel mit großer Majorität zum Bundesdirigenten gewählt.

Die Gemeindefchul-Lehrerinnen beschwerten sich bitter über die Zurücksetzung, die ihnen nach den Magistratsbeschlüssen bei der erneuten Regelung der Gehaltsfrage zu theil geworden ist. Während die Lehrer, wie die meisten anderen Beamten, 9 Altersstufen haben, in denen Gehaltssteigerungen erfolgen, soll es bei den Lehrerinnen nur in 7 Stufen erfolgen, so daß das Höchstehalt außerordentlich gering bleibt. Ebenso soll den Lehrerinnen auch in der Folge weder ihre Dienstzeit als Hospitantin, noch ihre an Privatschulen geleistete Arbeit bei der Berechnung ihrer Pension in Anrechnung gebracht werden, während dies bei den Lehrern geschieht. Die Lehrerinnen gelangen daher durchwegs erst in einem Alter (26—27 Jahren) zur Anstellung mit dem niedrigsten Gehalt, in welchem die Lehrer bereits durchwegs in höhere Stufen aufgerückt sind. Die Forderung der Lehrerinnen nach Anrechnung ihrer gesammten thätiglichen Dienstzeit scheint nur eine durchaus billige; denn wir sehen nicht die mindeste Ver-

anlassung außer der brutalen Macht, daß die Stadt auf Kosten dieser geplagten Geschöpfe Ersparnisse macht.

Geradezu als Hohn empfinden die Lehrerinnen die Art und Weise, wie sich die Magistratsvorschlüge mit der Gehaltsbestimmung, daß eine Wohnungsentwässerung festgesetzt werden müsse, abspielen. Bisher betrug das erste feste Gehalt, in dessen Genuß sie nach mehrjähriger Thätigkeit gelangten, 1200 M. Da jetzt eine Wohnungsentwässerung bewilligt werden muß, will der Magistrat das Gehalt einfach auf 900 M. herabsenken und 300 M. als Wohnungsentwässerung betrachten — in der That, eine herrliche Reform! Dabei ist noch zu bedenken, daß die Wohnungsentwässerung nicht zum pensionberechtigten Einkommen gehören soll, so daß die Stadt bei dieser Reform noch ein vortheilhaftes Geschäft macht.

Wir wollen hoffen, daß in der Stadtverordneten-Versammlung, die die Magistratsvorschlüge am Donnerstag zu beraten hat, einige der unbilligsten Maßregeln eine Korrektur erfahren. Im übrigen aber geben wir den Lehrerinnen den Rath, ihre Interessen, die mit denen des Proletariats zusammenfallen, durch eine starke Organisation zu fördern. Leider leiden viele dieser Damen noch an einem sehr unredlichen Ständebüßel, und nur langsam bricht sich in ihren Reihen die Ueberzeugung Bahn, daß sie nicht weniger bezahlte Lohnsklaven sind, als ihre noch viel ärmlischer entlohnerten Schwestern, die sich in der direktesten Form in der Fabrik mühen ausbeuten lassen.

Als eine fromme Hülfsstruppe der Stumm-Konsortien und der anderen Volksfeinde, welche mit dem neuen Verinsgesetz das letzte Stümperchen Versammlungsrecht abwürgen möchten, hat sich in diesen Tagen der hier existirende christliche Zeitschriftenverein entpuppt. Schon seit längerer Zeit steht diese Organisation dem Aufsteigen nach weit weniger ihre Aufgabe darin, das Christenthum, als die Profitwelt vor dem „Ansturz“ zu schützen. So totalitär, wie es nur eine elende Sache werth ist, wurden namentlich für die Landbevölkerung Flugblätter abgesetzt, in denen die blöden Schimpereien auf die immer stärker anwachsende Sozialdemokratie schier kein Ende nehmen wollten. Auch in dem neuen Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „Das Vereinsgesetz, Schutz gegen Ansturz, keine Reaktion“ kommt unsere Partei berart übel weg, daß man annehmen könnte, entweder König Stumm oder Pastor Schall sei der Urheber der Abscheulichkeiten. Aber auch die „Demokratie“ und vor allem der deutsche Reichstag wird überaus gebesert. Und Sozialdemokraten kann das überdies Gepolter der frommen Unternehmerdiener ja nun wenig kümmern; ihr unabänderlich Born beweist nur, daß wir vorwärts schreiten. Aber an sich hätten wir die Leute nicht für so dumm gehalten, daß sie es durch Anpreisung des neuesten reaktionären Würginstruments auch mit den weitesten bürgerlichen Kreisen verderben.

Die Berliner Gesangsvereine „Matengrün“, „Apol“ und „Königshilfliche Liedertafel“ veranstalten am 2. Pfingstfesttage im Lokal „Schwarze Adler“ in Friedrichsberg ein Festkonzert und versuchen hierzu unter der Berliner Arbeiterschaft Willkür abzusehen. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Inhaber des genannten Lokals zu den Sozialverweigerern gehört. Die Lokalkommission. J. A. Wahl.

Feste über Feste werden in diesem gebenedikten Zeitalter preussischer Glückseligkeit begangen. Am Sonntag war wiederum eine kirchlich-militärische Feierlichkeit und zwar aus dem Grunde, weil die Garnisonkirche in der Neuen Friedrichstraße 175 Jahre alt geworden war. Wie herrlich und wonnenvoll ließe es sich doch für einen Gutsgekauften leben, wenn die Harmonie der schwarz-weißen Sphären nicht durch die vertrackte Sozialdemokratie gestört würde!

„Konstantinopel“ im Bellealliance-Theater. Es war erklärl, daß die große Kunstbureau, die während des vorjährigen Ausstellungstribels so erfolgreich im Olympia-Theater begangen wurde, zur Nachahmung anreize. So hat sich denn im Bellealliance-Theater ein Unternehmen aufgethan zu dem Zweck, durch Raffinesse und Wohlthun die Kunstwelt auf den an sich schon nicht besonders wohlgepflegten Schauplatz des Durchschnittspublikums einzuwirken. Die Hauptrolle bei derartigen Kunstleistungen ist außer der roh bemalten Veranda der Trikol; die Handlung bleibt etwas so nebenfächliches, daß sie nicht Personenverzeichnis und Titel überhaupt fortbilden könnte. In „Konstantinopel“ — so heißt das am Sonntag zuerst aufgeführte Schauspiel — spielt ein Direktor Zinoleumsfabrikant neben dem Vallerförs eine derart unangenehme Rolle, daß das Publikum auf dem Plage klic und erit durch Herablassen des eisernen Vorhanges belehrt werden müßte, daß es keine Fortsetzung mehr gebe. Was nun das Ballet an sich betrifft, so machte die kleine Bühne des unternehmen schon schwer, mit dem Niesensfall, in dem sich voriges Jahr das Olympia-Theater etabliert hatte, zu konkurriren. An Kameele, Exponenten und Pferde, diesem unentbehrlichen Beiwerk einer modernen Zirkusbühne, war nun schon garnicht zu denken. Trotzdem, oder auch vielleicht deswegen, wurden neben vielen Dingen, die noch nicht recht klappen wollten, einige recht hübsche Stuppirungen erzielt; ganz besondern Besfall erwarb sich ein Fest, das bei dem türkischen Sultan spielte und leider gar traurig mit der Umordnung dieses erlauchten Potentaten schloß.

Wie es heißt, soll dies Stück Kunst dem Publikum zweimal täglich offerirt werden. Ob dies Vorhaben durchgeführt werden kann, mag billig zu bezweifeln sein. We Jahr ist kein Ausstellungstribel, und der Freude, der der Wissenschaft wegen nach der Wogend des schönen Kreuzgebirges hinausgeschlert, wird ziemlich achlos an den Kunstgenüssen vorbei gehen, die neben der großen Dragonerlascene seiner barren.

Für den Pfingstverkehr sei darauf hingewiesen, daß die Sonntag-Büchsfahrten außer am Sonntage auch am zweiten Pfingstfesttage ausgegeben werden.

In bezug auf die Größe der Theater hat sich Berlin im Laufe der Zeit völlig in das Hintertreffen drängen lassen. Gegenwärtig zählen zu den größten Theatern Deutschlands das Neue Leipziger Stadt-Theater (etwa 2000 Plätze), das Opernhaus in Frankfurt a. M. (1900 Plätze), das Stadt-Theater in Köln (1700), das Neue Königl. Opern-Theater in Berlin (1600 Plätze), leider in einem beträchtlichen Theile recht schlecht, das Königl. Theater in Hannover (1036 Plätze). Von den beiden alten Königl. Theatern in Berlin enthält das Opernhaus 1544, das Schauspielhaus gar nur 1044 Plätze. Von Berliner Privat-Theatern seien das Berliner Theater mit 1590, das Theater Unter den Linden mit 1432, das Schiller-Theater mit 1266, das Lessing-Theater mit 1136 Plätze genannt.

Der Opernsänger Franz Krolow ist hier am Sonntag Mittag an den Folgen einer Darmoperation gestorben. Krolow, der 1830 zu Troja in Böhmen geboren wurde, ließ sich 1861 in Wien zum Sänger ausbilden und wurde 1872 für das Berliner Opernhaus gewonnen. Verheirathet war er seit 1868 mit der hier engagirt gewesenen Sängerin Wilma v. Woggenhuber. Krolow trat namentlich in Spielern und in Werken der älteren Schule auf; zuletzt gab er am 24. Mai den Oberthal in Meyerbeer's „Prophet“. Von der Wähne mußte er an diesem Abend ins Krankenhaus gebracht werden, wo er wieder alles Erwarten seinem Leiden erlegen ist.

Durch einen Preßkohlenstapel verschüttet. Gestern Nachmittag wurde die Feuerweh nach dem Hause Stephanstraße 24 gerufen, wo die auf dem Hofe in einer Laube stehenden Carl Engel-dorf, Carl Hochheim, Carl Gröber, Paul Haule und die unredliche Emma Haule durch einen auf dem Nachbargrundstück aufgestellten, ins Rutschen gekommenen Preßkohlenstapel überhüttet wurden. Emma Haule, welche unter den von den Kohlen niedergestürzten Abgrenzungszäun zu liegen kam, wurde sofort von der Feuerweh aus ihrer gefährlichen Lage befreit und hat glücklicherweise keinerlei Verletzungen erhalten. Auch die übrigen waren mit leichten Verletzungen an den Köpfen und Beinen davon- gekommen.

Eine unaufgeklärte Bluthat wird aus der Androsstraße gemeldet. Am Sonnabend Abend wurden dem dort wohnenden Arbeiter R. von dem bei ihm in Schlafstube wohnenden Tischler B. fünf schwere Messerwunden beigebracht, von denen namentlich eine am Kopfe und eine am Arm zu ernstest Besirchungen Anlaß geben.

Da der Verlehte bisher nicht vernunftfähig war und der Thäter sich geschädigt hat, konnte über Veranlassung und Vergang des Vorfalls keine Aufklärung herbeigeführt werden.

Eine fast zu schmeichelhafte Anerkennung wird der sozialdemokratischen Agitation von frommer Seite gesollt. In dem Epithoralbericht an die Kreisversammlung II. den Exerzitienbesuch. Kreisbild gestern erstattete, sagte er u. a. nach der „Post“: Die sozialdemokratische Agitation arbeitet mit zielbewusster Sicherheit und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln auf die Entchristlichung der Arbeitermassen hin. Wer in den Werkstätten und Fabriken, in den Destillationen und den massenhaften gewerkschaftlichen Vereins-Versammlungen, bei Begräbnissen und Arbeiterfestlichkeiten die geringfügigen Urtheile über Bibel und Religion, Kirche und Geistesfreiheit Tag für Tag mit anhört, der muß endlich dahin kommen, daß ihm Taufe, Trauung und Konfirmation nur wertlose Förmlichkeiten werden, auf die er um der damit verknüpften Unannehmlichkeiten willen lieber verzichtet. Neben dieser Unterfrömmigkeit aber wirkt fast noch stärker das Anschwellen des Weltlebens. Während ein Kirchbau ein Ereignis (!) bei uns ist, wachsen die Städte der Gemüthslosigkeit und der Sünde wie Pilze aus der Erde. Und im Sommer scheint der Sonntag Nachmittag und Abend nur dazu da zu sein, daß sich die Ströme der Hunderttausende hinaus ins Freie ergießen. In einer solchen Zeit wird es niemand wundernehmen, wenn die Kirche nicht gerade große Siege in ihre Tagebücher zu verzeichnen hat.

Sollten die Frommen, für die Polizei und Landgendarmen allerdings schon so viel gethan haben, daß ihnen zu thun fast nichts mehr übrig bleibt, nicht nachhaken mit dem Antrage kommen, daß zu Gunsten der entschuldigten Religiosität der *Strunewald* des Sonntags durch Behelme abgesperrt werden möge?

Im übrigen ist nur zu konstatieren, daß die Frommen von der antireligiösen Agitation unserer Parteigenossen mehr Aufhebens machen, als sie eigentlich verdient. So große Würdigung, wie man nach dem mitgetheilten Berichte annehmen sollte, legt die Sozialdemokratie der evangelischen Orthodoxie, die nur mit Hilfe der Staatsautorität auf den Beinen steht, wahrlich nicht bei!

Verbreitete Anekdote der Gemeindevorstände sind die Protokolle des Ausschusses zur Vorbereitung der bezüglichen Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung gestern zugegangen. Der Ausschuss hat bekanntlich beschlossen, die Versammlung möge den Magistrat eruchen, die Anzahl der Stadtverordneten vom 1. Januar 1898 ab um 18, und zwar in jeder Abtheilung um je 6, zu vermehren.

Eine Vorfürhung des Rettungs- und Krankentransport-Apparats der Berliner Unfallstationen erfolgte am Sonntag Mittag auf dem Wöglerschen Brauereigrundstück vor einem geladenen Publikum. Es sollte das Zusammenwirken der Unfallstationen mit der Sanitätskolonne vom Rothen Kreuz und mit Pflegerinnen des Vaterländischen Frauenvereins veranschaulicht werden, und zu diesem Zwecke war in dem Brauereibetriebe eine Dampfessel-Explosion markirt worden. Während die Feuerwehr im Innern des Gebäudes die ersten Rettungsversuche unternahm, traf der Arzt der nächsten Unfallstation ein; ihm folgte der Krankentransportwagen aus dem Depot der Station und dann kamen das Hilfspersonal, die Sanitätskolonne, sowie die Pflegerinnen in stattlicher Anzahl. Inzwischen waren auch die Wagen der übrigen Stationen angelangt, so daß schließlich elf Aerzte und vierzig Begleiter des Hilfspersonals außer den zwanzig Begleitmannschaften der zehn Wagen zur Stelle waren. Die mit Eifer begonnene Arbeit der Hilfsleistung gab dann ein Bild von dem Wirken der Unfallstationen. Wir wollen hoffen, daß die bestehende Organisation im Ernstfälle ebenso prompt einpringen wird, wie bei der Sonntagsvorführung, die selbstverständlich nur geeignet war, die Einrichtungen nicht aber die Leistungsfähigkeit des genannten Instituts zu veranschaulichen. Nach Beendigung des „Unfallsalles“ wurden die zehn neuen Krankentransportwagen der Unfallstation vorgeführt, die in der That so praktisch wie nur wünschenswerth eingerichtet zu sein scheinen.

Strahensperrung. Die Schwedterstraße von Schönhauser Allee bis Christinenstraße wird behufs provisorischer Umpflasterung vom 2. Juni ds. J. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Zwei Eisenbahn-Unfälle mit traurigen Folgen haben sich gestern, Montag, auf dem Tempelhofer Güter- und Rangirbahnhof ereignet. Um 10 Uhr vormittags wurde der 35 Jahre alte Rangirweiser Appel aus Schöneberg von einem Güterzuge gefaßt und unter einem anderen Güterzug geschleudert, der aus der entgegengesetzten Richtung kam. Mit Wühlschnecke sprang ein Feiger hinzu, faßte den Verunglückten, zog ihn noch aus dem Juge heraus, bevor die Räder ihn berührten, und rettete ihn vor dem sicheren Tode. Inzwischen wurde Appel an Rücken schwer verletzt und mußte von zwei Arbeitern in seine Wohnung gebracht werden. — Noch schlimmer lief der zweite Unfall aus. Um 8 Uhr nachmittags befanden sich der 25jährige geprüfte Feiger Rieger aus der Kolonnenstraße und der etwa 26 Jahre alte Feiger Dring aus der Gneisenaustraße auf der Maschine Nr. 1719, Rieger als Führer. Die Maschine zog einen 47 Jahre starken Güterzug auf das sogenannten Ausziehgleise zwischen Tempelhof und Pantow. An der Schwachen Brücke gab der Lokomotivführer das Zeichen zum Bremsen, das jedoch nicht rechtzeitig befolgt wurde. Die Maschine rannte gegen den Pressbock, und die 47 Köpfe drückten mächtig nach. Rieger stand an der Thür seiner dreischichtigen Lokomotive ohne Tende. Die nachkommenden Wagen drückten den Kasten der Maschine ein und zerquetschten dem Manne beide Beine und die rechte Hand. Das rechte Bein war unterhalb des Knies vollständig zerwühlt, das linke vom ganzen Schenkel abgeschält. Das linke Bein ist ebenfalls so schwer verletzt, daß es fraglich ist, ob man es wird erhalten können; auch die rechte Hand wird voraussichtlich abgenommen werden müssen, wenn der Verunglückte überhaupt so lange am Leben bleibt. Der Feiger Dring erlitt Quetschungen und Abschürfungen an der linken Körperseite. Die Verletzten wurden mit einem Rettungswagen nach Berlin und von der Mordentstraße aus mit einem Tragloke nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die Maschine ist ganz zertrümmert, selbst die Räder fehlten ihr. Der obere Theil liegt auf dem Pressbock fest. Die Wagen sind zum Theil ineinandergepresst.

Heber einen Angriff auf einen Schuhmann wird polizeilich berichtet: In der Nacht zu gestern kam es in der Stromstraße zu einer argen Ausschreitung. Als dort ein Schuhmann einen Mann wegen Verletzung einer Frauenperson stillen wollte, griff der 21 Jahre alte Arbeiter Krähler aus Weiskessee den Beamten thätlich an und verletzte seine Genossen zum Angriff gegen diesen auf. Der Beamte wurde von hinten mit Stöcken geschlagen und mußte, als schließlich eine Person aus der auf etwa 150 Menschen angewachsenen Menge mit einem Messer auf ihn einbrang, zu seiner Vertheidigung den Säbel ziehen und mehrmals um sich schlagen. Dabei erhielt die 47 Jahre alte Arbeiterfrau Mehle, in der Wredowstraße wohnhaft, die ihm angeblich zu Hilfe kommen wollte, einen Schlag über die Hand, der eine leichte Fleischwunde verursachte. Erst mit Hilfe zweier anderen Schutzleute gelang es, den Krähler zu verhaften, der eigentliche Urheber des Elends hatte sich indessen geflüchtet.

Ein Bootsunfall hat sich gestern in der 11. Vormittagsstunde auf der Spree bei der Lutherbrücke zugetragen. Ein Mann und eine Frau, die in einem Boote umherfahren, verfielen, dieses an

den Handlahn einer von einem Dampfer geschleppten Zille anzubinden; dabei verlor sie ihr Boot. Während es herbeieilenden Schiffern gelang, die Frau aus dem Wasser zu ziehen, blieb der Mann verschwunden.

Religiöse Wahnhaftigkeit. Die „Post. Ztg.“ schreibt: Eine arge Störung ereignete sich am Sonntag der Hauptgottesdienst in der Lutherkirche. Während der Liturgie begann plötzlich eine Frau vom Chor herab mit überlauter Stimme zu sprechen; sie nannte sich als große Sündlerin an und forderte die Gemeinde zur Buße auf. Erst nach einiger Zeit gelang es den Kirchenbeamten, die offenbar hochgradig überreizte Person aus der Kirche zu schaffen.

Brände. Die Feuerwehr mußte am Sonntag mehrfach in Thätigkeit treten. Mittags mußte ein kleines Feuer im Grand-Hotel Alexanderplatz gelöscht werden. Nachmittags um 5 Uhr wurde die Wehr nach der Stephanstr. 24 gerufen. Dort war ein kleines Mädchen durch Umstürzen eines großen Stapels Preßklofen verschüttet und mußte, nachdem die Feuerwehr es herabgeholt hatte, einem Arzt übergeben werden. Nachts um 11 Uhr brannte die Blumen- und Pflanzfabrik von L. Döhrner, Oranienstr. 31; dieses Feuer konnte erst nach längerer Löscharbeit bewältigt werden. Der Schaden ist erheblich, indes durch Versicherung gedeckt.

Arbeiterkrise. Einen Abzug erlitt der Maurer August Dammsch aus der Oranienstr. 68 auf dem Neubau für das Landrathamt des Kreises Niederbarnim am Friedrich-Rohlfers, neben dem ehemaligen Julius Schumann. Er fiel aus der Höhe des ersten Stockwerks in den Keller des Hauses und erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er in der Charité Aufnahme suchen mußte.

Die Ausstellung Transvaal am Kurfürstendam wird am Donnerstag Nachmittag eröffnet werden. Eine Karawane aus Transvaal ist dieser Tage eingetroffen. Die Ausstellungslitung verspricht, daß mehrere Burenfamilien, 150 Eingeborene (Hottentotten, Buschmänner, Matabele und Bassuto), sowie einige Hindu von der Insel Mauritius anwesend sein werden. In der Ausstellung sind außerdem Zebus, Strauße, Antilopen, Trecktiere zc. vorhanden.

Theater. Die Mitglieder der „Freien Volkssöhne“ werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung der ersten Abtheilung am Donnerstag Abend im Thalia-Theater abgehalten wird. Die Vorstellung des „Wolfsdramm“ von Ansgar beginnt punkt 8 Uhr. — Herr Leopold Deutsch ist für ein erneutes Wagnis im Thalia-Theater gewonnen worden. Er wird an beiden Wagnisabenden in dem mit großem Beifall aufgenommenen Schauspiel „Kathe Zelle“ den Theaterdirektor Stanklaus Benzel spielen. — Im Abend-Theater bezieht das Repertoire für diese Woche auf: „Die Räuber“, „Maria Stuart“ und „Doß und Stadt“. Am Sonnabend bezieht das Theater wegen Vorbereitung zur Repräsentation „Unsere Reichthümer“ geschlossen. — Das Schiller-Theater bringt heute eine Wiederholung von Wolffers Wagnis. Der eingeschaltete „Kranke“ und „Bergs“ „Kamerade“. — Im Volkstheater gabst am Mittwoch, den 2. Juni die Sonbrette des Königsberger Stadttheaters, Frä. Gertrud Rasmussen in „Auf eigenen Füßen“ als „Vieschen Spröde“. — Im Apollo-Theater werden einige neue Spezialitäten eingeführt. Der Göttinger Komiker Gustav Meier gastirt wieder; außerdem wird natürlich „Venus auf Erden“ gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Friedenan. Die Versammlung, welche für morgen angezeit war, ist von der Behörde verboten worden; baupolizeiliche Gründe sind als maßgebend angeführt worden.

Sonntag Nachmittag stürzte auf der Wannseebahn auf freier Strecke zwischen Friedenan und Steglitz kurz vor der Einfahrt in Steglitz ein Feiger von der Maschine und trug aufsehend bedeutende Verletzungen am Kopfe davon. Bewußtlos wurde er nach Steglitz gebracht, wo ein mitfahrender Arzt ihm den ersten Verband anlegte.

Hohe Burschen haben Sonntag Abend zwischen Friedenan und Steglitz auf einem durchgehenden Zug der Potsdamer Stammbahn mittels eines Felschings geschossen. Die Kugel durchschlug die Fensterscheibe eines Coupes II. Klasse. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Auf dem Zweirad vom Schläge getroffen ist am Sonntag Nachmittag der 14jährige Sohn Georg des Hausbesizers Jung aus der Berlinerstraße 6 zu Tempelhof. Der Knabe war nach Mariendorf gefahren und mußte nach schneller Fahrt in einer Schankwirtschaft um ein Glas Wasser bitten, da ihm unwohl geworden war. Da sein Zustand sich in der Wirtschaft noch verschlechterte, so nahmen Burschen ihn mit in ihren Pannwagen und brachten ihn in die elterliche Wohnung. Als der Vater vom Begräbnis eines Freundes um 4 Uhr nach Hause kam, war sein Sohn bereits gestorben.

Ein Heberfall ereignete in der Nacht zum Montag auf dem Grundstücken Hauptstr. 4 zu Schöneberg. Hier wohnt seit etwa einem Jahre die 43 Jahre alte Aufwärterin Emma Jonas mit einem 3 1/2 jährigen Töchterchen, zwei Schlafburschen und ihrem 34 Jahre alten Bräutigam, der als Arbeiter Franz Lafazewich aus dem Kreise Jnowrazlaw angemeldet ist. Am Sonnabend vor acht Tagen bezog an demselben Flur im Erdgeschoß des Seitenflügels der 54 Jahre alte William Simpinus mit seinem achtzehnjährigen Sohne Richard eine Stube. Simpinus war mit seiner Nachbarin wegen der Flurbereinigung in Streit gerathen und Lafazewich hatte erklärt, daß er mit ihm „abrechnen“ werde. Am Mittwochabend ereignete ein entsetzlicher Särm die Bewohner und bald fand man Simpinus furchtbar zugerichtet vor. Der Schwerverletzte wurde auf die Polizeiwache und dann in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Lafazewich ist verhaftet worden.

Der Augenheilkünder-Verein vom Rothen Kreuz hat die Errichtung einer weiteren Heilstätte in Oranienburg bei Oranienburg beschlossen und den Bau derselben der Firma Selberg u. Schlüter, Berlin, übertragen.

Gewichts-Beitrag.

Wegen schwerer bzw. gemeinschaftlicher Körperverletzung hatten sich gestern die Maurer Ernst Kopsch aus Schöneberg und Otto Thierck aus Friedenan vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Beide Angeklagten arbeiteten im Oktober auf einem Neubau in Steglitz, wofür auch der Maurer Bremer in Arbeit trat. Bremer hatte schon früher auf einem anderen Baue mit Kopsch und Schwerdecke zusammen gearbeitet und will von diesen, weil er sich an der Bewegung wegen Herbeiführung der 10ständigen Arbeitszeit nicht beteiligen wollte, beschimpft und bedroht worden sein. Dies erzählte er dem Vater der neuen Arbeitsstätte, was zur Folge hatte, daß Kopsch und Schwerdecke sofort entlassen wurden. Das war am Abend des 28. Oktober. Im Interesse der gemeinschaftlichen beiden Kollegen legten nun sämtliche Arbeiter des Baues die Arbeit nieder. Als man sich nach Feierabend in der Baubude zusammenfand, um das Werkzeug einzupacken und auch Bremer anwesend war, bemerkte Kopsch: „Wegen eines solchen Lumpen werden Familien auf die Straße geworfen!“ Ein anderer rief dazu: „Lächel doch das Licht aus!“ Dieser Wink wurde in Handumdrehen befolgt, und nun erhielt Bremer mittels eines harten scharfsantigen Gegenstandes — wie sich später herausstellte, einer Wasserwaage — einen Schlag über den Kopf, daß er zu Boden stürzte. An der Erde will er noch mehr Schläge und Fußtritte erhalten haben. Aus der Richtung der Schläge will Bremer den Schluß gezogen haben, daß ihm Kopsch den Schlag auf den Kopf und daß ihm Thierck die Fußtritte versetzt habe. Er behauptete ferner in der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht, daß er seit jener Verletzung an häufigen Krampf-

anfällen leide, die ihn fast völlig arbeitsunfähig machten. Diese Angabe bewog das Schöffengericht, sich für unzulänglich zu erklären und die Sache an die Strafkammer zu verweisen. In der heutigen Hauptverhandlung führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, mehrere Zeugen vor, welche bekundeten, daß Bremer an den von ihm behaupteten krankhaften Zufällen schon seit Jahren leide und diese die Folgen einer Schlägerei seien, in welche Bremer im Jahre 1892 verwickelt worden sei. Der Gerichtshof gelangte durch die umfangreiche Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß eine gemeinschaftliche Körperverletzung nicht vorliege, eine einfache Körperverletzung aber nicht erwiesen sei. Thierck sei daher freizusprechen. Zu Gunsten des Kopsch sei angenommen worden, daß Bremer nicht infolge der erlittenen Verletzung in Siechthum verfallen sei, es sei überhaupt ein Siechthum nicht als vorliegend anzusetzen worden. Zwar sei der Angeklagte noch unbescholten, habe auch auf den Gerichtshof einen ganz guten Eindruck gemacht, aber die That sei doch eine so schwere, daß auf neun Monate Gefängnis erkannt werden müsse! — Man vergleiche mit dieser überaus schweren Bestrafung die Urtheile, die neuerdings gegen rohe Studenten gefällt worden sind!

Der bestrafte Demuziant. Einen recht heilsamen Denzettel hat das Gericht gestern einem frivolten Demuzianten ertheilt. Der Maurer Franz Lucka in Nixdorf sah am Sonntag vor Weihnachten nach Beginn der Kirchenstunden einen Knaben mit einer gefüllten Schnapsflasche aus dem Lokale des Schankwirths Nelson kommen. Der Beobachter fühlte sein kirchliches Gefühl in der Brust durch diese Sonntagstheuerung schwer verletzt und er beschloß, den Nelson anzuzeigen. Um aber sicher zu gehen, schickte er einen andern Knaben in das Nelson'sche Lokal und ließ sich für einen Großen Schnaps holen. Der Knabe führte diesen Auftrag aus und berichtete, die Tochter des Lokalinhabers habe ihm den Schnaps verkauft. Der Schnapsgegniß während des Gottesdienstes wirkte auf das kirchliche Gemüth weniger aufregend, als der Schnapsverkauf, Lucka trank den Schnaps aus und ließ sich noch zweimal eine neue Auflage holen. In dem einen Falle verkaufte der Wirth, in dem anderen dessen Frau. Genau dasselbe Manöver machte Lucka am Vormittage des ersten Weihnachtsfeiertages. Gest betrank er sich an dem erstandenen Schnaps und als er seinen Kaufschilling ausgezahlt hatte, ging er hin und denunzirte den Nelson sowie dessen Frau wegen Uebertretung der Bestimmungen über die äußere Heiligung des Sonn- und Feiertags. In seinem nicht geringen Schrecken wurde er wegen Anklage zur Uebertretung mitangefragt. Sein Erstaunen wuchs, als das Nixdorfer Schöffengericht das Nelson'sche Ehepaar zu sechs bzw. drei Mark, ihm selbst aber zu sechzig Mark Geldstrafe oder 12 Tagen Haft verurtheilte. Er legte dagegen Berufung ein und suchte gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II geltend zu machen, daß er nur im Interesse der öffentlichen Ordnung und aus Achtung vor dem Gesetze gehandelt habe. Der Gerichtshof belehrte ihn aber, daß es gar nicht des Angeklagten Antheil sei, in solcher Weise auf öffentliche Ordnung zu sehen. Es liege Kipp und klar eine Anklage vor und bei der von dem Angeklagten an den Tag gelegten Gesinnung sei gar kein Anlaß vorhanden, das vom ersten Richter gewählte Strafmaß abzumildern. Die Berufung wurde daher kostenpflichtig verworfen.

Verfehlter Polizeikampf gegen Breslauer Sozialdemokraten. Unsere Parteigenossen Ida Kaiser sowie die Parteigenossen Schriftsteller Bruno Geiser und Zigarenmacher Kühnel in Breslau sollten die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes verletzt haben; sie wurden deswegen vor den Strafrichter zitiert. Der Sachverhalt war folgender: Frau Kaiser, als Vertrauensperson der Breslauer Sozialdemokratischen, berief zum 11. Oktober 1896 nach dem Paul'schen Etablissement eine öffentliche Versammlung und meldete diese auch bei der Polizei an. Als sich die Teilnehmer einfanden, war der Saal des Herrn Paul aus sicherheitspolizeilichen Gründen gesperrt worden. Die Leute begaben sich nun in die übrigen Gasträume des Lokals und unterhielten sich dort in zwangloser Weise. Die Anmeldung der Versammlung lautete auf vier Uhr. Aberhalb Stunden später wurde dem Genossen Geiser von Kühnel das Wort erteilt; er begann mit einem Hinweis auf die Ansperrung. Kaum hatte er einige Worte gesprochen, so löste ein Polizeibeamter die Versammlung auf. Den drei Angeklagten wurde nun vorgeworfen, als Einrufer, Leiter und Redner einer nicht angemeldeten Versammlung fungirt zu haben, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckte. Polizei und Staatsanwalt stützten sich auf die Bestimmung des § 1 des Vereinsgesetzes, worin gesagt ist: „Beginnt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige (Anmeldung) angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorschriftsmäßig angezeigt nicht anzusehen.“ Beim Austritt des Genossen Geiser waren hier, wie schon gesagt, anderhalb Stunden verfloßen. Die Angeklagten machten geltend, es hätten sich schon um 4 1/2 Uhr etwa 40 Personen versammelt gehabt und sich in eine ernste Unterhaltung eingelassen. Auch habe Geiser nur einige Worte der Beruhigung wegen der Saalsperrung reden wollen. Schöffengericht und Landgericht stellten fest, daß die dazugehörigen Versammlung schon von 4 1/2 Uhr ab öffentliche Angelegenheiten in angloz erörtert hätten, und sprachen die Angeklagten frei. Das Kammergericht verwarf gestern die Revision der Staatsanwaltschaft, nachdem selbst der Oberstaatsanwalt sich dagegen ausgesprochen hatte. Die Feststellung sei maßgebend, daß bereits eine halbe Stunde nach der angegebenen Zeit 30 bis 40 Personen in Anwesenheit der angeklagten Agitatoren versammelt waren, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern und politische Gedanken auszutauschen. Denn die Zeit (4 1/2 Uhr), wo die Unterhaltung in Gang kam, sei als die Zeit des Beginnes der Versammlung anzusehen. Eine förmliche Eröffnung und Konstituierung erfordere der Begriff der Versammlung nicht. Es sei deshalb unerheblich, daß erst um 5 1/2 Uhr eine Art förmlicher Eröffnung stattfand.

Versammlungen.

Nixdorf. Am 18. Mai tagte hier in den Victoria-Sälen eine Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, in welcher der Delegirte der Agitationskonferenz seinen Bericht erstattete. Zu Punkt Verchiedenes lag ein Antrag des Vizepräsidenten vor, wonach der Wirth des Vereinslokals Herr Hoffmann, Prinz Handjery- und Befugnisstrafen-Erbe ermächtigt wird, die Legitimation bei Tage anzustellen, damit die reisenden Kollegen nicht erst bis abends warten brauchen; dieser wird angenommen. Sodann ging man über zu einer Besprechung der Richter'schen Werkstatt, Kottbusser Damm 99, in der recht erhebliche Mißstände herrschen sollen.

Verband der Brauereiarbeiter, Jüdische str. Heute Vortrag des Dr. med. Sabel über: Die Bestärkung der Arbeitskraft — eine Forderung der Gesundheitspflege.

Briefkasten der Redaktion.

B. R. 100. 1. Geschieden und getrennt ist dasselbe. 2. Sie dürfen nur mit Diätens die Betreffende heirathen. 3. Sie haben ihrer früheren Ehefrau Alimante zu zahlen. 4. Sie können beim Ober-Landesgericht Berufung einlegen lassen; dieselbe wäre aber nach Lage der Sache nutzlos.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 1. Juni 1897. Warm und vorwiegend heiter, bei schwachen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Heber Nordhäuser-Versäufungen brachte die gesammte Presse in achtzehn ihrer hervorstechendsten Fach- und Tageszeitungen mehrere Artikel, in welchen unter andern besonders die gesundheits-schädliche Wirkung betont wurde, die nach dem Genusse von gefälschtem Nordhäuser eine unausheilliche Folge sei. Demzufolge hat sich die Firma W. u. W. Müller, Berlin, veranlaßt gefühlt, bei allen ihren werthvollen Kunden, bezw. in deren Destillations- und Schmelzgeschäften ein von dem Chemiker Dr. C. Bischoff ertheiltes Gutachten in Form eines Winkettes zum Anschauung zu bringen und zwar als Quellennachweis für einen reinen unverfälschten guten Nord-

häuser Kornbranntwein. Das p. Gutachten wird dem geehrten Publikum nachstehend zur gef. Kenntnissnahme gegeben:

Gutachten über Nordhäuser Kornbranntwein aus der Kornbranntwein-Fabrikation von M. & W. Müller, Berlin SO., Baldemarstraße 29. Hierdurch bestätige ich, daß W. u. W. Müller's Nordhäuser frei

von jeglichen Zusätzen ist, welche unter dem Namen Branntweinsärfäse zur Zeit in dem sogenannten Nordhäuser häufig angewendet werden, um über den geringen Gehalt an Alkohol zu täuschen. Der mir vorliegende Nordhäuser der Firma W. u. W. Müller entspricht in allen wesentlichen Eigenschaften dem echten Nordhäuser Kornbranntwein, wie derselbe in Nordhausen bereitet wird. Dr. C. Bischoff, (vereh. Chemiker).

Achtung, Metallarbeiter!

Der Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend gilt mit dem heutigen Tage als geschlossen. Zur Regelung aller weiteren Geschäfte ist eine aus drei Personen bestehende Liquidations-Kommission eingesetzt. Die Adresse derselben ist **Wilh. Freithaler**, Berlin N., Gartenplatz 1. Alle Ansprüche sind bis spätestens den 1. September dieses Jahres an die Liquidations-Kommission zu erheben.

Der Vorstand
des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter.

Achtung, Metallarbeiter!

Mit dem heutigen Tage vollzieht sich der Uebertritt der Mitglieder des „Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins“ in den „Deutschen Metallarbeiter-Verband“. Die Leitung der Geschäfte für Berlin übernimmt mit dem heutigen Tage die neugewählte Ortsverwaltung, bestehend aus den Kollegen: **Paul Litsin**, Annenstr. 39, als 1. Bevollmächtigter; **Herm. Faber**, 2. Bevollmächtigter; **Reinhold Petzold**, Annenstr. 39, Rentant; **Emil Skalsky**, Schriftführer, und **Wilh. Freithaler**, **Paul Hetz**, **August Assmus**, Revisoren.

Das Verbands-Bureau befindet sich **Berlin S., Annenstr. 39**. Fernsprech-Anschluß Amt 7 Nr. 528. Alle auf den Verband bezüglichen Anfragen und Mittheilungen sind nur an das Verbands-Bureau zu richten. Das Bureau ist geöffnet vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4-7 Uhr. Sonntags geschlossen.

Der Arbeitsnachweis befindet sich **Annenstr. 39** (Telephon Amt 7 Nr. 528) und ist geöffnet vormittags von 9 bis 1 Uhr.

Die Arbeitsausgabe geschieht für Klempner, Rohrleger und Helfer früh 9 1/2 Uhr, für Schlosser, Dreher, Schmiede, Mechaniker, Uhrmacher um 10 1/2 Uhr, für Gärtler, Drücker, Former, Radler, Feilenhauer, sowie für sämtliche Hilfsarbeiter um 11 1/2 Uhr, für weibliche Personen um 12 1/2 Uhr.

Um die Mitgliedsbücher der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit einer neuen Ordnummer versehen zu können, ist es notwendig, daß die Kollegen ihre Bücher unverzüglich in den Zahlstellen oder auf dem Verbands-Bureau abgeben.

Der Tag der Aushändigung wird im „Vorwärts“ bekannt gegeben. Die Aushändigung der Mitglieder des Berliner Verbandes vollzieht sich in der Weise, daß gegen Abgabe der Mitgliedskarte, in welcher bis Feld 11 bezahlt sein muß, in allen Zahlstellen die Aushändigung der Bücher erfolgt.

Gerner machen wir den Mitgliedern bekannt, daß am 5. Juni sämtliche Bibliotheken bis auf weiteres geschlossen werden. Die Rückgabe der Bücher muß bis spätestens den 15. Juni erfolgt sein.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung! Maurer. Achtung!

Wittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr: 280/10

Grosse öffentliche Maurerversammlung

in Keller's großem Saal, Koppenstraße Nr. 29.

Tagesordnung: 1. Entgegennahme der Antwort des Innungsbundes auf die ihm zugeleiteten Forderungen der Berliner Maurer. 2. Stellungnahme zu dem am 26. Mai in der Wedding-Versammlung angenommenen Antrag. 3. Gewerkschaftliches.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).

Vertrauensmänner-Versammlungen:

Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr:

Osten und Nordosten:

Strausberger-Strasse No. 3 bei Wittwe Röhl.

Südosten: bei Rautenberg, Cranienstr. 180.

Westen und Südwesten:

im Lokale des Herrn Zabeil, Lindenstraße Nr. 106.

Moabit: im Lokale Turmstraße 84.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23. Die Mitglieder der Bezirk-Kontrollkommission versammeln sich um 7 Uhr vorn im Lokal. 106/8

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

Schwebterstr. 23 bei Wernau.

Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler

am Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Stabernack, Inselstr. 10, v. II.

Tages-Ordnung:

1. Die Lohnbewegung der Baubeschler in diesem Jahre und wie stellen wir uns hierzu? 2. Diskussion. 3. Berufungsangelegenheiten. — Gäste willkommen! Zahlreiches Erscheinen erwartet. 122/1

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Ortsverwaltung Berlin).

Mittwoch, den 2. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:

Bezirksversammlung für Wedding und Draniens. Vorstadt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: „Modernes Raubritterthum“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. — Gäste willkommen! Zahlreiches Erscheinen erwartet. 122/1

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Rixdorf.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstraße 55:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die Frau als Sklavin des Kapitals. Referentin: Frau **Mesch**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Damen und Herren als Gäste haben Zutritt. 200/2

Charlottenburg.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße 39:

Gr. öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **G. Wagner** (Berlin) über: Die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 204/14

Grosse Dampferfahrt mit Musik

(3 Dampfer) nach dem Neuen Krug bei Erkner zu Max mit den Mieschinkens-Kanonen, veranstaltet vom Lotterieklub Glück. Tafelball, Vorträge von Meyers mit a y und anderen großen Tänzern. Um 3 Uhr im Walde große Schlummerpause. Erste Abfahrt früh 6 und 6 1/2 Uhr, zweite Abfahrt früh 10 Uhr von der Jannowitzbrücke bei der Bräuterei, Spreeuferstraße, Gesellschaft „Anker“.

Billets à 1 M., Kinder die Hälfte, für Hin- und Rückfahrt. Tauschfrei. Billets à 80 Pf. vorher in den Lokalen von **L. Lebram**, Bräuterei, 7, und **Wilhelm Koppe**, Bräuterei, 6a. 206/4

Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand**.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträgs sozialistischer Führer, Kaffee, Bier etc. in Cigarrenpfeifen, Pfeifen, Nadeln, Drachen, Knöpfen, Wägen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruckant.)

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Ed. Glöck** in Berlin. Druck und Verlag von **Mag. Vading** in Berlin.

Lackierer. Filiale IV.

Dienstag, 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei **Schöning**, Adniserstr. 68:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Die Arbeitsniederlegung bei Dargendorf n. Lehmann. 3. Berichtlesen. 125/5

Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand**.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Codes - Anzeige.

Den Genossen zur Mittheilung, daß am 30. Mai das Mitglied **Karl Gniekowitz**, Gerber, verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, Nachmittag 5 Uhr von dem Hause Prinzen-Allee 33 nach Wilmersdorf statt. 246/4

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Liebling **Fritz Rater** am 31. Mai früh um 1/2 Uhr nach langen schweren Leiden gestorben ist.

Die trauernden Eltern.

Fritz und Mathilde Rater. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schanzhofer **Carl Hürseljau** nach schweren Leiden am 30. Mai, morgens 7 Uhr, sanft entschlafen ist. 244/2

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 2. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Friedenwalderstr. 11, statt. Im Namen der Hinterbliebenen **Marie Hürseljau**, geb. Trophart, als Wittwe.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe **Else**, 6 1/2 Jahre alt, am Sonntag morgen sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Mittwoch Nachm. 4 Uhr vom Trauerhause Koppenstr. 41 nach Wilmersdorf statt.

Die trauernde Familie **Ernst Rähle**. Am 30. Mai mittags 1/1 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Tischler **J. Meyhöfer**.

Die Beerdigung findet am 2. Juni, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Jakob-Kirchhofes aus statt. Dies zeigt tief betrübt an **Die trauernde Wittwe**, **H. Preußner**. 242/3

Danksagung.

Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Metallschleifers **Heinrich Lemke** sage hiermit allen Freunden und Kollegen meinen tief gefühltesten Dank. **Wittwe Lemke**.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten meines verstorbenen Mannes sage ich für die rege Theilnahme an der Beerdigung meinen herzlichsten Dank. **Edw. Zaender**, Friedenwalderstr. 7.

Kranzbücherei u. Blumenhandlung von 16439

Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2. Wohnungs-Kränze, Gairlanden, Ballsträußen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert. Empfehle in Restauration, Vereinszimmer, Jakob Bentz, Alte Jakobstr. 69.

Altien-Bräuerei Friedrichshain.

Montag, den 7. Juni (2. Pfingstfeiertag):

Grosses Früh-Konzert,

arrangirt von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) bestehend in

Vokal- u. Instrumental-Konzert

ausgeführt von einer ca. 30 Mann starken Kapelle der Zivil-Berufsmusiker unter Leitung des Kapellmeisters **Herrn Irrgang**.

Große Gesangs-Aufführungen von ca. 150 Sängern unter Leitung des Dirigenten **Herrn Tietz**.

214/3 Früh-Tanz. Anfang früh 5 Uhr. Das Komitee.

Arbeiter! Akademiker!

Heute, Dienstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Saale der **Bräuerei Friedrichshain** (Vps), Am Königsthor. Tages-Ordnung: 206/3

Die Sozialdemokratie und die Schichten der Studirten.

Fortsetzung der Versammlung vom 25. Mai im Frempalaß. Es werden sprechen: **Adolf Damaschke**, **H. v. Gerlach**, **Dr. Conrad Schmidt**, **Litsin**, **Reichsmann**, **Wolff-Heine** u. a. Um zahlreiches Besuch bittet **Der Einberufer**.

Die Sozialdemokratie und die Schichten der Studirten.

Vortrag, gehalten am 25. Mai 1897 im Frempalaß zu Berlin von **Wolfgang Heine**.

16 Seiten gr. Oktav. Preis 20 Pfg. Das hochwichtige Thema, welches dieser Broschüre zu Grunde liegt, hat hier eine äußerst reichhaltige und gründliche Behandlung erfahren, so daß die Anschaffung derselben jedem Parteigenossen zu empfehlen ist. Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen und Kolportage sowie gegen Einsendung des Betrages netto Porto (3 Pfg.) vom **Verlag der Sozialistischen Monatshefte**, Berlin C. 22, Neue Schönhauserstr. 17.

Freie Volksbühne.

Zur Aufführung gelangt im **Thalia-Theater** (früher Adolph Ernst-Theater) **Dresdenerstr. 72-73** (1100 Sitzplätze):

Der G'wissenswurm.

Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten und 4 Bildern von **L. Anzengruber** — unter Mitwirkung folgender Gäste: **Wastl Hans Slegmund** vom Deutschen Volkstheater in Wien. Die Horiacherlies: **Ellise von Lore** a. G. Polmer: **Rudolph Hoek** vom Theater des Westens.

I. Abtheilung: Abendvorstellung: 8 Uhr, Donnerstag, 3. Juni.
II. Abtheilung: Nachmittagsvorstellung: 3 Uhr, Pfingstsonntag (den 6. Juni).
III. Abtheilung: Abendvorstellung: 8 Uhr, dritter Feiertag (Dienstag, 8. Juni).

Die Verloosung der Plätze beginnt eine Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Heft III der „Freien Volksbühne“ von **Dr. C. Schmidt** wird nur im Theater verkauft. Die Zahlstelle von Böhl ist auf **Otto Zabel**, Frankfurter Allee 99, übergegangen.

Mitglieder zur **III. Abtheilung** werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. 231/7 **Der Vorstand**. I. A.: **G. Winkler**.

Spott-billig! Tuch- und Bukskin-Reste Spott-billig!

zu ganzen „Herren-Anzügen“ von „M. 5.-“ an, „Herren-Hosenreife“ von „M. 2.-“ an. — „Reste zu Knabenanzügen“ für jedes Alter passend von „M. 1.-“ an. — „umsonst zugeschnitten!“ **Halbpre-Waare unter Garantie!** „Gelegenheitskäufe!“ **Walsch-Waare, Arbeits-Jackets, Lederhosen** von „M. 2.-“ an.

Ludwig Engel, Herrenbekleidung, Münzstr. 26, pt.

Potsdamerstr. 66, Souterrain, Gartenhaus, 6 Zimmer, auch als Weinlager, (Isoliert) 730 P., oder getheilt 360 P.
Potsdamerstr. 66, part., Gartenhaus, 3 Zimmer, Balkon, Bad, zum 1. Juli, sp. 800 P.
Potsdamerstr. 66, III., Gartenhaus, 4 Zimmer, Bad, Balkon, zum 1. Oktober, 975 P.
Potsdamerstr. 66, part., Seitenflügel, 2 Zimmer, Küche, Zubehör, zum 1. Juli, 400 P.
Potsdamerstr. 66, Stube, Küche u. 90 Thaler, sofort.

Tägl. bew. Dirigent sucht Vereine für Freitag u. Sonnabend Restaurant u. Bodwanarengsch. Oswald, Forster-Rosche, Weihenburgerstr. 48. [23288] 24355

Genossen empf. mein Milch für Freitag u. Sonnabend Restaurant u. Bodwanarengsch. Oswald, Forster-Rosche, Weihenburgerstr. 48. [23288] 24355

Unsern Freunde **Worner** zu seinem heutigen Wiedergelie ein dreimal donnerndes Hoch. 242/2

Warne

hiermit leben, meiner Frau **Anna Gabel** ged. Scheel und meinen Söhnen **Richard Gabel** auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **Wilhelm Gabel**, 24375 **Roabit**, Weissenstr. 44a.

Möbl. Schlafst. f. Herren, Preis 7 P., sep. C., Färchenstr. 15, D. III. 8. Grönde. 242/3

Möbl. Schlafst. für Herren 7 P., sep. C. Raumstr. 79, v. III. Pergelstr. 243/2

Möbl. Schlafst. z. vermieten, Rittenwalderstr. 9, Quergeb. 1 Tr. bei Wittwe **Sagane**. 243/0

Möbl. Schlafst. im Paul, Schönhauser Allee 177c, Quergeb. 2 Tr. 244/0

Möbl. Schlafst. an anst. v. Raumstr. 5, v. 2 Tr., 8. Feind. 243/9

Einem Mitbewohner für möbl. Zimmer f. Borlaß, Albrechtstr. 11, Quergeb. v. 3 Tr., 3. Min. v. Bahnhof **Friedrichstr.** 24345

Ein möbl. Zimmer, monatl. 10 P., Krausstr. 3, v. 3 Tr., bei Richter. 24415

6 Pfund Brot für 50 Pfg.

liefert **Albrecht's Bäckerei**, Wrangelstr. 8, Langestr. 26, Faldenstr. 28, Laufigerstr. 2. 1645/2

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. *
Zahelzahlung pr. Woche 1 P.

Wöbel

auf Theilzahlung. **J. Kellermann**, Neue Jakobstr. 26.

Gertrude Stiesel sind billig zu haben. **Charlottenburg**, Spreestr. 24.

Der Stoff hat fertige Anzug, feinste Futterlappen, für 20 P. an. 243/0

Heymann, Chausseestr. 26.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter! In der Kurzweil-Fabrik von **J. Richter**, Kottbuler Damm 99, sind Differenzen angebrochen.

Zugung von Tischlern und Drechslern ist streng fernzuhalten. 106/3 **Die Ortsverwaltung**.

Bambusarbeiter sucht **Eugen Schellinger**, Berlin, Prinzenstr. Nr. 71.

Korbmacher 243/2 geübte Korbmacher auf China- und Weidengrößel suchen sofort **H. Anclon** u. Co.

Tänzer, tüchtigen, auf Holzröhren verlangt 24315 **Wahlstr. 14**, part.

Zigarrenmacher - Bezahlung verlangt **P. Drucker**, Roabit, Weissenstr. 88.

Bezahlung verl. Klempner Weidenbergerstr. 10. 242/5

Kunstgießer.

Ein tüchtiger selbständiger **Werkmeister**, der speziell in der Beleuchtungsbranche bewandert ist, wird für eine Stockholmer Fabrik baldigst zu engagieren gesucht. Schriftliche Meldungen mit Abschrift der Zeugnisse an **Karl Schirmer**, Berlin, Kungestr. 9.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 1. Juni.
Opernhaus. Der Kaiser.
Schauspielhaus. Die Komödie der Verurteilungen. — Der eingebildete Kranke.
Deutsches. Freimild.
Berliner. Renaissance.
Veßing. Die Weisheit.
Schiller. Bauernrevolte. Der eingebildete Kranke.
Reue. Trilby.
Studen. Der Gigant Baron.
Thalia. Trilby.
Friedrich. Wilhelmshütisches.
 Im Richte der Wahrheit.
Belle-Alliance. Konstantinopel.
Heißberg. Der Besuch nach der Hochzeit. — Auf: Im Pavillon.
 (Le Parfum.)
Ohnd. Die Räuber.
Alexanderplatz. Die fünf Barrisone.
 — Eine tolle Prünz.
Volks. Auf eigenen Füßen.
Apollo. Venus auf Erden.
Passage-Panoptikum. 500 Sehenswürdigkeiten. Zwei Nischen - Illusionen.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Dienstag, abends 8 Uhr: Bauernrevolte. Der eingebildete Kranke.
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Madame Bonivard.

Ostend-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 152. Dir. G. Weich.
 Die Räuber. Trauerspiel in fünf Akten von Fr. Schiller. Anfang 8 Uhr.
 In Vorbereitung: Unsere Reichspost. Volksstück mit Gesang in 4 Akten von H. Kneißel. Musik von G. Schuler.
 Im Garten täglich: Großes Freispielskonzert — Anfang 6 Uhr.
 Am 1. Pfingstfesttag: Vollständige Eröffnung des Sommer-Gartens. Großartigstes sensationelles Programm.

Volks-Theater
 34. Reichsberger-Strasse 34.
Sommer-Saison.
 Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
 Gelanghoffe v. Wohl u. Willen, Musik von H. Conrad.
 Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Garten-Konzert.
 Entree: Wochentags 30 Pf. bis 3 W. Sonntags 50 Pf. bis 3 W.

Thalia-Theater.
 (vormals Adolph Ernst-Theater).
 Trilby.
 Schauspiel in 4 Akten nach dem gleichnam. Roman von G. du Maurier.

Apollo-Theater
 und Konzert-Garten.
 Vollständig neues Programm.
 Um 9 Uhr:

Venus auf Erden.
 Kuriosphantastische Operette in 3 Akten in 1 Akt von Bolten-Bäcker. Musik von Paul Linde. In Szene gesetzt vom Direktor F. W. H. Aufzutreten des ausgezeichneten Humoristen

Otto Reutter
 mit seinen aktuellen selbstverfassten Kompiets.
 Aufführung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Konzert-Garten (3000 Personen)
 fassend.
Schiller-Theater (Wallner-Theater)
 Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Großes Konzert.
 Vereinen wie Gesellschaften empfiehlt sich den Garten zur Veranstaltung von Sommerfesten etc. unter launlichsten Bedingungen. 2056b
 R. Riefke, Restaurateur.

Concordia Variété-Theater
 Brunnenstr. 154.
 Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Immer neues Programm.
 Anfang 6 Uhr. Entree 30, refero 50 Pf.
 Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater - Vorstellung.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 25, refero 40 Pf.
 Der Sommergarten ist nebst Kaffeehaus geöffnet.

Olympia
 im Belle-Alliance-Theater
 Täglich: 2 Vorstellungen.
 Nachm. 6 Uhr und abends 8 1/2 Uhr:

Konstantinopel.
 Große orientalische Ausstattung.
 Pantomime in 9 Bildern mit großem Ballet. 500 Mitwirkende.
 Von 4 Uhr ab: Gr. Gartenkonzert und 6 1/2 Uhr: Auftr. Spezialitäten I. Rang

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
 Schönbauer Allee 148.
Eröffnung
 der Sommer-Saison
 Sonntag, den 6. Juni.
 Täglich:
Konzert, Theater und Ball.

Urania,
 Tauben-Strasse 48-49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
 Anwaltsstr. 57/62 (ehemal. Stadtschänke): Täglich von 8 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Sternwarte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesansicht.

Castan's
Panopticum.
 Die beiden Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
 Damen-Wettswimmen.
Passage-Panopticum.
 500 Sehenswürdigkeiten.
 2 Nischen-Illusionen:
 1. Dampferfahrt auf dem Golf v. Neapel.
 2. Eisenbahnfahrt durch Konstantinopel.

Reichsgarten
 Friedenstrasse 20
 (Ecke Bismarckstr.)
 Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
 Die Kaffeehäuser ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
 H. Koslowsky.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
Eröffnung
 der Sommer-Saison
 am 6. Juni (erster Pfingstfesttag).
 Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Novität! Zum 1. Male: Novität! Die Circusfee.
 Operette in 1 Akt von E. Hefsch. Musik von Fritz Hofelt.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Viktoria-Brauerei
 Lützow-Strasse 111/112
 (Garten resp. Saal).
 An allen drei Pfingstfesttagen sowie von nun an täglich:
Stettiner Sänger
 (Meißel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)

Jeden Abend abwechselndes großartiges Programm.
 Anfang am 1. u. 2. Feiertag 7 Uhr, am 3. Feiertag 7 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Am 2. u. 3. Feiertag nach der Solire Tanzkränzen.
 Die Soliren der Stettiner Sänger finden von nun an täglich in der Viktoria-Brauerei statt. Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. Für die Wochentage sind Altkaffee à 40 Pf. und Familien-Altkaffee à 1 Mark (für 3 Personen gültig) im Vorverkauf zu haben. (Siehe Plakate.)

Bahn-Klinik.
 Röntg. Röhre in tadelloser Ausführung v. 3 W. Wunden v. 2 W. an Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain. Chloroform, Chloroform und Narkose unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Befehlung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung umsonst; Zahnzahlung gestattet, Woche 1 W.
 Stadel, Vossbergstr. 2, Wasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Wer - Stoff - hat.
 Fertige Anzug für 13 W., haltbare Zutaten, 2 Anproben, saubere Arbeit. Gehe 1.75. Großes Stofflager. H. Chevotot oder Kammingarn zum Anzug v. 12 W. an. Nach Wunsch bestellte Anzüge, Paletots, Hosen, nicht abgeholt, verläufe z. Hälfte d. Kostenpreis. Elegante Fracks verleihe für 2 W. Herren-Anzüge v. 4 1/2 W. an. Stoff in Knaben-Anzügen v. 1 W. an. umsonst zugesandt.
 Herren-Holenreife von 2 W. an, sportlich. — Gelegenheitskäufe haltbarer Waaren unter Garantie. — Hüte, waschbare Jaquets, Komitör-Joppen von 1,50 W. an.

A. Priester,
 Herren-Bekleidung,
 Lieferant des Konsumvereins NO.,
 Große Frankfurterstraße 40.
 Stempel, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Dolm, Kesselfächer, Regulatoren, Remonturarbeiten, Hüte, Goldwaaren (sportlich) Pfandleihe, Reorderstr. 6.

Herren-Bekleidung,
 Lieferant des Konsumvereins NO.,
 Große Frankfurterstraße 40.
 Stempel, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Dolm, Kesselfächer, Regulatoren, Remonturarbeiten, Hüte, Goldwaaren (sportlich) Pfandleihe, Reorderstr. 6.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a, 11 Brückenstrasse 11,
 zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-Wilhelmstädtischem Theater. nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke, schrägüber dem Ostend-Theater.

Zum Feste! Zur Reise! Zum Radeln!

Festtags-Anzüge
Smoking-Anzüge
Rock-Anzüge
Gehrock-Anzüge
Festtags-Hosen
Sommer-Paletots
Sommer-Havelocks
Sommer-Joppen
Loden-Joppen
Radfahrer-Anzüge
Radfahrer-Hosen
Sweater, Strümpfe, Mützen
Knaben-Anzüge
Jünglings-Anzüge
Berufs-Kleidung
 für alle Gewerke

Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.

Moderne Maass-Anfertigung zu mässigen Preisen.

Eigene Fabrikation in grossem Maassstabe.

Die 9. reich illustrierte Preisliste 1897 wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Schweizer Garten. Am Königsthor. Am Friedrichshain. Gasse der Pferdebahn.
 An beiden Feiertagen: **Früh-Theater-Vorstellungen.**
 Auftreten des engagierten Theater- und Spezialitäten- Personals. — Volksbelustigungen aller Art. — Anfang früh 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. — Im Saale am 2. Feiertage: **Früh-Tanz.** — An den Nachmittagen von 4 Uhr ab: **Große Extra-Fest-Vorstellungen.**
 Auftreten des gesamten Personals. **Volksbelustigungen aller Art.**
 Entree an beiden Feiertagen nachmittags 50 Pf.
Vom 2. Feiertage ab: Täglich Ball.
 Den Pfingsten ab finden diese Vorstellungen und Ball täglich statt.

Ostbahn-Park
 Haberdsdorferstr. 71. Am Kaiserin Platz.
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellg.
 Garten-Konzert von der 21 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Fr. Otto Görner.
 Kaffeehäuser 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür 1 Glas Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Garten-Konzert der 30 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Paderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. **Kaffeehäuser v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art. 2 Verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Kinderwagen-Bazar „Baby“
 Beste und billigste Bezugsquelle durch enormen Umsatz. Kinderwagen, hochmoderne, 10-, 16-, 20- bis allerletzte. Verland ab Fabrik nach allen Pflegen Deutschlands franko. Komplett Kinderbetten von 30.- W. an, Teilkanting nach Vereinbarung gestattet. Katalog gratis. Amt 3. Nr. 5281.
 eigene Geschäft: Altonaerstr. 44 (Altonaerplatz), Jannowitzbr. 100, Drantsenstr. 70, Reichenbergerstr. 2D-E, Charlottenburg, Bismarckstr. 70.
 16132*

Bereins-Geschäft Max Richter,
 Grüner Weg 65.
 Großes Lager von Bildern, Büsten (diverse Größen) von Marx, Lassalle, Engels, Stocklaternen, Bilderrahmen, Saaldekorationen. Billigste Preise für Händler und Vereine. 17820*

M. Schulmeister
 Schneidermeister,
 Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,
 empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel: (16420*)

Frühjahrs- u. Sommerpaletots	in guten Diagon, Kammgarn, Satin- und Chevot-Stoffen	13-30-33
Jaquet-Anzüge	in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1- und 2reihig	16-24
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin- und Chevot-Stoffen, 1- und 2reihig	18-35
Sacco-Anzüge	modernster Farben in Satin- u. Chevot-Stoffen, eleg. Ausfüh.	20-36
Mod-Anzüge	in guten, wollen, schwarz-kammgarnen Stoffen, modern. Façons	25-38
Cheviot-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig	30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge	in nur guten haltbaren Weben, Chevot- und Zwirnstoffen	
Jünglings-Anzüge	in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Chevot, 1 u. 2reihig, von Nr.	10-20
Havelocks, Staub- u. Reijemäntel	zu den billigsten Preisen.	
Majordom-Anzüge	in allen Größen.	von 3 W. an
Beinkleider	in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Chevot von Nr.	5-10
Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge	feinere Façons in großer Auswahl.	
Schnl-Anzüge	in Chevot, Reifur- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig, von 5 W. an.	

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.
 Begründung des Geschäfts 1876.

Sandpartie
 mit 145/13*
Zieh-Harmonika
 ist stets das größte Vergnügen.
 Bekanntlich werden die besten Zieh-Harmonikas der Welt in Berlin gefertigt und Aufträge nach außerhalb zu schicken, ist widerkännig. — Mein Lager in Zieh-Harmonikas ist wohl ohne Ueberhebung das größte am Plage, denn ich verkaufe jährlich ein gros Export 6000 Stück und mehr. Meine Preise für volle Größe sind **verblüffend billig.**
 2 Sax Stimmpfatten 3 W.
 10 Hoppia
 3 Sax Stimmpfatten 5 W.
 10 Hoppia
 Hebergänge, 19 H. 10 W.
 das Beste
The Lowendall
 Star Works
 L. Löwenthal. Geogr. 1866.
 Musik-Instrumenten-Fabrik
 121 Reichenbergerstrasse, 80.
 15 Pf. Jahrgeld-Vergütung.
Time is money.

Sophastoffe
 auch **Reffe**
 in Nips, Tansat, Crèpe, Phantase, Gobelin und Blüch Spottbikig! 1886*
Proben franko!
 Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
 Berlin S., Cranichstr. Nr. 155.
Emil Lefèvre,

Uhren u. Goldwaaren
Georg Wagner
 Uhrmacher
 Skalitzerstr. 126.
Reparaturen.

Rohtabak
 Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
 Tammliche
Fabrikations-Utenilien.
 (Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 W.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 18420*
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.
Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 1.10 Pf. u. Woche. Handtuch-Berleihe. J. S. Figner, Neue Königstr. 17. Fernsprech-Nr. VII Nr. 2067.

Möbel
 versehen gewesene und neue, kammend billig, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 17912*
Neue Königstr. 59.